

BAND 29

# Engagiert!

Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement

Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der Grünen Akademie





**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE  
BAND 29**

# **Engagiert!**

Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement

**Beiträge der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der Grünen  
Akademie**

**Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung**



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Engagiert!

Gedanken zum neuen bürgerschaftlichen Engagement

Band 29 der Reihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2012

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, Constantin Mawrodiew (nach Entwürfen von blotto Design)

Titel-Photo: © Gordon Grand - Fotolia.com

Druck: Lokay Druck, Reinheim

ISBN 978-3-86928-090-5

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de



# INHALT

Vorwort	6
Adalbert Evers, Rudolf Speth, Sybille Volkholz und Anne Ulrich <b>Bürgerschaftliches Engagement in grüner Perspektive</b>	9
Janet Newman <b>Chancen und Gefahren aktiver Bürgerschaft</b>	14
Adalbert Evers <b>Alltagsengagement</b>	20
Lisa Dittrich <b>Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation zusammen denken</b>	22
Sybille Volkholz <b>Wie Bildung zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird</b>	24
Ulrike Baureithel und Bruno Haas <b>Anstiften zum Protest</b>	28
Holger Backhaus-Maul und Tobias Kemnitzer <b>Engagement und Organisation</b>	31
Thomas Birk <b>Bürgerschaftliches Engagement und Pflege</b>	37
Kai Gehring <b>Politische Bildung für mehr Engagement gegen Rechtsextremismus</b>	42
Stefan Nährlich und Bernadette Hellmann <b>Bürgerstiftungen und Kommunen</b>	44
Rudolf Speth <b>Transparenz und Zivilgesellschaft</b>	48
Elisabeth Kiderlen und Helga Metzner <b>Die Bürgerregierung in Baden-Württemberg</b>	52
Die Autorinnen und Autoren	57

# VORWORT

Dieser Sammelband präsentiert Beiträge zu einigen Debatten, die wir in der AG Bürgerschaftliches Engagement während der letzten beiden Jahre geführt haben. Etliche Aspekte ließen sich ergänzen, denn das Thema ist vielfältig und durchaus auch kontrovers.

Engagement zeichnet eine vitale, bunte demokratische Gesellschaft aus. Es umfasst ganz unterschiedliche Felder wie Bürger- und Stadtteilinitiativen, die vor der Schließung gerettete Bibliothek und das genossenschaftlich reorganisierte Wasserwerk, kollektiv organisierte Nachbarschaftshilfe, Freiwilligendienste und Ehrenamt zwischen Jugendsport, Altenbetreuung und Schule.

Engagement – das bringt Aspekte zusammen, die in der öffentlich-politischen Diskussion zu oft getrennt und in Teilen ignoriert werden. Wovon die Rede ist, ändert sich auch immer wieder. Partizipation im Sinne von Mitentscheiden hat derzeit Hochkonjunktur im Hinblick auf Planungsverfahren und Verwaltungshandeln. Engagement bedeutet darüber hinaus: selbstorganisierte Gestaltung, Selbsthilfe, zivil organisiertes «Wächteramt» und Protest. Engagement meint den vielfältig praktisch werdenden Anspruch, Gemeinwohl und öffentliche Angelegenheiten mitzugestalten.

Wie definiert sich Engagement aus einer grünen Perspektive? Dieser Frage ging unsere AG nach. Einerseits diskutierten wir die staatspolitische und parlamentarische Auseinandersetzung mit der Renaissance von Engagement(förderung) im Kontext des demografischen Wandels. Andererseits untersuchten wir ganz unterschiedliche Politikfelder daraufhin, welche Rolle bürgerschaftliches Engagement in ihnen spielt, wer die Akteurinnen und Akteure sind, wie sich das Zusammenwirken zwischen ihnen und Institutionen wandelt – und welche Essentials und Forderungen unserer Meinung nach daraus abzuleiten sind.

Wir selbst sind in unseren politischen Biografien geprägt durch politisches und soziales Engagement, und auch die Grünen und Bündnis 90/Grüne als Partei sind wesentlich gespeist aus dem Impuls, gesellschaftliche und öffentliche Fragen aktiv, aus eigenem Recht und kooperativ in die Hand zu nehmen. Worauf kommt es uns an? Wir grenzen unseren Zugang ab gegen eine staatliche Indienstnahme im Kontext eines unter demografischem und sozial-haushalterischem Druck stehenden Problemmanagements und betonen die politische und staatliche Verantwortlichkeit für die Sicherung öffentlicher Güter wie für die Sicherung von Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements. Aber so, wie Engagement nicht staatlich beauftragt sein kann, sind viele Aufgaben, Projekte und Ziele, die sich Engagement wählt, nicht stellvertretend durch staatliches Handeln zu erledigen. Ein Verständnis von Engagement kann sich zudem keinesfalls auf Parteihandeln beschränken. Die konzeptionellen Spannungen, die sich auftun zwischen dem Anspruch, Staatsaufgaben insbesondere

im Bereich der «common goods» aufrechtzuerhalten und zugleich gesellschaftliche Selbstorganisation und bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme zu befördern, müssen wir programmatisch zur Diskussion stellen.

Der Katalog unserer Themen ist umfangreich und anspruchsvoll – und dieser Reader kann in keiner Weise Vollständigkeit beanspruchen, sondern will einladen, sich mit der Vielschichtigkeit von Engagement zu beschäftigen: Welcher Verantwortung stellt sich eine aktive Zivilgesellschaft? Was befördert eine starke demokratische Bürger/innengesellschaft? Was kann geschehen in strukturschwachen Räumen, in denen extreme Rechte sich breit machen in Fußball, Feuerwehr, Kommunalverwaltung? Welche Infrastruktur braucht Engagement, welche Rahmenbedingungen muss Politik stellen? Wie gehört Engagement in den grünen Gesellschaftsvertrag?

Berlin, im Mai 2012

Anne Ulrich

*Koordinatorin der Grünen Akademie,*

*Referentin im Programmteam Demokratie und Öffentlichkeit  
der Heinrich-Böll-Stiftung*



# Bürgerschaftliches Engagement in grüner Perspektive

## Sechs Thesen

Sich für Bürgerengagement und dessen öffentliche Förderung auszusprechen ist mittlerweile nicht mehr das Kennzeichen einer bestimmten politischen Richtung. Ähnlich wie beim Thema Ökologie gilt es auch hier, Konzepte zu unterscheiden und herauszuarbeiten, was bürgerschaftliches Engagement und dessen Förderung in einer grünen Perspektive meint. Eine grüne Perspektive begreift bürgerschaftliches Engagement als eine selbstbewusste Form von Verantwortungsübernahme für die Gestaltung von Gesellschaft. In sechs Punkten wollen wir aufzeigen, wo sich diese Sicht von anderen, insbesondere von den durch die aktuell vorherrschende Politik und Verwaltung eingebrachten Standpunkten unterscheidet.

1. *Bürgerengagement ist der Nährboden einer lebendigen Demokratie.* Eine demokratische und soziale Gesellschaft erfordert verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger, die zur gesellschaftlichen Gestaltung und für den Zusammenhalt ihren eigenen Beitrag leisten. Bürgerengagement als Konzept gesellschaftlicher Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft beinhaltet einen «Gesellschaftsvertrag» der Arbeitsteilung und Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft. Es fordert Raum für Selbst- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, für eigenes Engagement der Bürgerinnen und Bürger jenseits der Verkürzung auf verwaltungsseitige Indienstnahme, die Bereitschaft zur Übernahme von Mitverantwortung sowie entsprechende politische Rahmenbedingungen. Engagement umfasst sowohl politische Teilhabe und Einflussnahme wie Eigeninitiativen in sozialen, kulturellen, ökologischen, bildungsseitigen und lebensweltlichen Bereichen. Zu Recht wollen die meisten in Projekten und Gruppen Beteiligten hier auch für sich selbst Ansprüche auf mehr Sinn, Möglichkeiten und Gestaltungsfreiheiten einlösen. Den «Eigensinn» Engagierter gilt es zu respektieren und zu würdigen, statt ihn allein nach Maßgabe dessen, was von staatlicher Politik und Verwaltung als nützlich und vordringlich angesehen wird, «rekrutieren» und mithilfe dieser oder jener Programme lenken zu wollen. Bürgerschaftliches Engagement ist keine Ressource für die Erfüllung staatlicher Aufgaben. Eine Mentalität, die alle Aktivi-

täten nur unter dem Aspekt des wirtschaftlichen, finanziellen oder auch sozialen Nutzens sieht, verfehlt Bürgerengagement.

2. *Zum Bürgerengagement gehört ganz wesentlich die Perspektive der Demokratie und ihrer Revitalisierung.* Zunächst meint das, beim Bürgerengagement an Nicht-regierungsorganisationen und Gruppen mit praktischem Elan und Zivilcourage zu denken, die sich mit viel Engagement in der Öffentlichkeit für Belange des Gemeinwohls, für von Diskriminierung bedrohte Gruppen oder für die Schaffung «selbstbestimmter» Infrastrukturen stark machen. Derartige Bewegungen und Ansätze von Selbstorganisation und Bürgerinitiativen sind gerade für die Bildung der Grünen zentral gewesen. Es verkürzt unser Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement dramatisch, wenn es immer zuvörderst ums «Anpacken», «Helfen» und «unentgeltlich arbeiten» geht. Bürgerschaftliches Engagement meint nicht nur die Initiative der einzelnen Bürgerin bzw. des einzelnen Bürgers, sondern meint wesentlich kollektive, gemeinschaftlich-selbstaktive Initiative. Und dort, wo es um selbstorganisierte Hilfen und Projekte praktischer Mitarbeit geht, sollte nicht übersehen werden, dass sich dabei oft Fragen von Macht, Freiräumen, Respekt und Gleichberechtigung stellen – Demokratiekonflikte im weitesten Sinne. Darauf sei deshalb verwiesen, weil sich Aktionen, wo Bürger/innen Bürger/innen helfen, nicht immer zwanglos in die vorhandenen Rahmen von Arbeitsteilungen, Regeln und Hierarchien einordnen. Nicht nur staatliche Rahmenbedingungen, auch etablierte Oligarchien von Verbänden (und Parteien) werden angesichts neuer Formen von Engagement und Partizipation herausgefordert. Während Politik und Verwaltung aber oft gerade die «fraglose» Hilfsbereitschaft ins Zentrum ihrer Engagementförderung stellen, sollten grüne Perspektiven ganz besonders auch auf unbequemes, auf Veränderung zielendes Engagement gerichtet sein. Das meint nicht politisches gegen soziales Engagement auszuspielen oder Engagement, das zuerst auf Mitsprache zielt, grundsätzlich höher zu bewerten als engagierte Mitarbeit und Geselligkeit. Es meint vielmehr, für all diese Formen des Engagements auch dann offen zu sein, wenn sie – wie z. B. bei Fragen von Integration und Interkulturalität – mit den Gewohnheiten und Traditionen von Mehrheiten und herkömmlichen institutionellen Regeln nicht einfach zusammen gehen.
3. *Bürgerschaftliches Engagement darf nicht immer zuerst als Mittel zum Zweck gesehen werden – als steuerbare Ressource bei der Bewältigung sozialer Aufgaben. Mehr Bürgerverantwortung und in diesem Sinne auch bessere Politik kann nicht gleich «weniger Sozialstaat» meinen.* Entmündigung und Entrechtung von Bürgerinnen und Bürgern kann von verschiedenen Seiten kommen – verursacht durch die immer weitere Vermarktung von Lebensbereichen ebenso wie durch mehr bevormundende staatliche Regeln. Wir meinen: Engagement und Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger soll nicht einfach ein provisorischer Notnagel sein, der den Sozialstaat entlastet, sondern muss den «republikanischen» Rückhalt der demokratischen Gesellschaft stärken. Dazu gilt es, in einem «neuen Gesell-

schaftsvertrag» zur Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft den Prinzipien Selbstorganisation, Subsidiarität und gemeinschaftlichem Eigensinn in vielen Bereichen, von der Kultur bis zum Sozialen, von der Stadtteil- bis zur Umweltpolitik, einen größeren Stellenwert zu geben, um Zukunftsperspektiven für die bewegende und Identifikation stiftende Kraft von Engagement zu eröffnen. Es geht denn auch oft gar nicht mehr um das «Ob», sondern um das «Wie» einer neuen Verantwortungs- und auch Ressourcenteilung. Welche Formen der Anerkennung und Einbindung von Bürgerengagement sind geeignet, Selbstorganisationspotenziale zu fördern, Selbständigkeit zu stärken und nicht zu untergraben? Was braucht es, um Förderprogramme so einzurichten und auf Dauer zu stellen, dass neue Partnerschaften entstehen anstatt bloß neuer Klientelstrukturen? Wie kann Einfluss genommen werden auf die Verteilung eingesetzter Gelder? Das und noch mehr sind zugleich Fragen für eine anstehende Aktualisierung der «Staatsknete»-Debatte.

4. *Eine lebendige Bürgergesellschaft umfasst eine Kultur vielfältiger Formen gemeinschaftlicher Selbstorganisation und (selbst)organisierter Teilhabe.* In den öffentlichen Debatten wird oft vergessen, dass für die Bedeutung und den Einfluss bürgerschaftlicher Initiativen Selbstorganisationsformen – Vereine und Verbände – wesentlich sind. Veränderungen in Richtung nachhaltigen Konsums z. B. brauchen nicht nur überlegte Kaufentscheidungen einzelner Bürgerinnen und Bürger, sondern auch starke Verbraucherorganisationen. Und gerade wenn es um Veränderungen in der staatlichen Politik und Verwaltung geht, braucht es nicht nur den sanften Veränderungsdruck der sozialen und kulturellen Experimente kleiner Projekte und Vereine, sondern auch den öffentlichkeitswirksamen Druck potenter bundesweit agierender Bürger- und Verbraucherorganisationen. Dabei sind Nichtregierungsorganisationen wie foodwatch, lobbycontrol und viele andere in ihrer Eigenschaft als «watchdogs» besonders wichtig. Wo nur mit der Förderung von Ehrenamt und kleiner Vor-Ort-Gruppen Politik gemacht wird, gibt einmal mehr der Staat die Richtung vor.

Wie gelangen wir zu einer lebendigen, zeitgemäßen und transparenten Kultur der Beteiligung, die sich von herkömmlichen Formen der Vereinnahmung oder des exklusiven, lobbyistischen Mitmischens unterscheidet? Kaum etwas vermag Bürgerengagement mehr zu fördern als öffentlichkeitswirksames eigenes Agieren in Bündnissen und Netzen – unabhängig von ministeriellen Geldern und Vorgaben, und, wo nötig, auch gegen sie. Auch deshalb sind Ansätze wie die der Stiftungen oder der Tafeln so wichtig, die jenseits öffentlicher Mittel Ressourcen aus der Bürgergesellschaft selbst mobilisieren.

5. *Eine grüne Perspektive fordert eine besondere Aufmerksamkeit für Engagement speziell dort, wo es um innovative Formen und zum Teil neue Schauplätze geht.* Von der Elternmitbestimmung über die Gewerkschaften bis hin zu Bürgerausschüssen in der Kommunalpolitik gibt es traditionell zahlreiche Formen und Foren für Bürgerengagement. Besondere Aufmerksamkeit sollten jedoch

Ansätze erhalten, die sich in der Entwicklung befinden, neu, innovativ und oft noch ungesichert sind. Dazu gehören etwa die sich rasch vermehrenden Bürgerstiftungen, wo in relativer Unabhängigkeit von Staat und Verwaltung und quer durch Einzelbereiche die lokale Mit-Bürgerschaft stark gemacht werden kann; dazu gehören Public-Space-Initiativen, die öffentlichen Raum rückgewinnen wollen, oder neuartige Anwalts- und Schutzorganisationen von Migrant/innen, von Konsument/innen, denen es um mehr Nachhaltigkeit geht, aber auch von Bürger/innen und Patient/innen, die von den professionellen öffentlichen Sozial- und Gesundheitssystemen ernst genommen werden wollen. Es geht hier auch um die zahlreichen Initiativen von Bürgern als «Netizens», die Rolle des Internet, der Medien und einer neuen Jugendkultur. Grundsätzlich ist jedes Engagement wertvoll, durch das Solidarität, Hilfsbereitschaft, das Einstehen für Andere oder auch einfach die Erfahrung von gemeinsamem Erleben, Lernen und Handeln kultiviert werden – Engagement im weitesten Sinne. Aus einer grünen Perspektive sollten u.E. jene Bereiche der weiten Engagementlandschaft besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die gesellschaftlich und kulturell innovativ und bedeutungsvoll sind, weil sie wesentliche Impulse für neue Problemlagen und Fragestellungen und für eine Revitalisierung von Demokratie im hier vertretenen umfassenden Sinne geben: Sie stiften eine neue Sensibilität für ein aktuelles Verständnis von Solidarität, Gemeinsinn, Zusammenhalt und Fairness und tragen damit bei zur Ausformulierung dessen, was in unserem Kontext «Nachhaltigkeit» sein könnte.

6. *Bürgerschaftliches Engagement braucht nicht nur Infrastrukturen und Förderung, sondern insbesondere die Öffnung der vorhandenen institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den verschiedensten Politikfeldern für die Impulse von Selbstorganisation, Beteiligung und Mitarbeit.* Die Debatten zur Engagementpolitik sind heute oft beherrscht von der Forderung nach neuen Infrastrukturen – neuen Einrichtungen wie Freiwilligenzentren, neuen Programmmitteln für die Qualifizierung Ehrenamtlicher u. a. m. Das droht jedoch die Aufgaben in den Hintergrund zu drängen, die sich mit einer Veränderung der alltäglichen Bedingungen für engagierte Mitarbeit, Beteiligung und Selbstorganisation in den verschiedenen Politikfeldern stellen, wo man sich bisher mal mehr und mal weniger dafür geöffnet hat. Wie viel Infrastruktur, verlässliche Förderung und Anerkennung im weiteren Sinne gibt es für Bürgerengagement heute in Bereichen wie der Stadterneuerung, der Schulpolitik, in Bereichen wie der Pflege, der Jugend- und Familienpolitik, in der Kulturpolitik oder der Arbeitsmarktverwaltung? Aus unserer Perspektive ist es vordringlich, Bürgerengagement als Querschnittsaufgabe zu begreifen und in all diesen Bereichen Innovationen in Richtung seiner Aufwertung zu fördern. Die dort vorhandenen institutionellen Einrichtungen, Verfahren und Förderungsregeln sollten so umgebaut werden, dass sie zu Mitsprache, Mitarbeit und Mitverantwortung auffordern und damit auch als Infrastruktur für Bürgerengagement dienen können. Spezielle Freiwilligenförderprogramme, Wettbewerbe, Ausschreibungen und ähnliches können

dafür ein Anstoß sein. Aber sie sollten nicht, wie so manche Ministerial- und Landesprogramme, kurzfristige und ministeriell gesteuerte Spielwiesen eröffnen, die davon ablenken, dass im Mainstream der jeweiligen Politiken konkrete Engagementmöglichkeiten fehlen und gar nicht gefragt, angedacht und gewollt sind.

# Chancen und Gefahren aktiver Bürgerschaft

Demokratische Verfahren entwickeln sich jeweils im Kontext ganz bestimmter politisch-historischer Momente fort. Sie verändern ihre Form, wenn sie lange Zeiten überdauern oder von anderen Nationen übernommen werden. Ich möchte betonen, dass es sich dabei nur um Methoden handelt und nicht um generelle Lösungen für Demokratieprobleme. Beteiligungsorientierte Techniken stellen ganz fundamentale Fragen zum Verständnis von Bürgerschaft: Betrachten wir Bürgerinnen und Bürger als eigennützige Akteure oder als Menschen, denen man vertrauen kann? Und wer zählt überhaupt als Bürger und Bürgerin? Auch nach der Rolle von Politikern ist in diesem Zusammenhang zu fragen: Ist es die Aufgabe von Politikern zu führen, Richtungen festzulegen, oder müssen Politiker der öffentlichen Meinung folgen? Das ist eine sehr schwierige Frage, auf die ich keine Antwort habe, die jedoch gestellt werden sollte, bevor man sich entscheidet, wo und wie man Methoden verwendet, die populistische Formen von Politik hervorrufen können.

Zum Thema Bürgerschaft und Politiker möchte ich eine kleine Geschichte erzählen: 2005 gab es in Großbritannien eine Fernsehsendung, die wir aus Amerika importiert hatten. Ich glaube, sie hieß «Vote for me», und es ging darum, dass der Kandidat, der vom Fernsehpublikum gewählt wurde, von den politischen Parteien unterstützt werden sollte. Jeder konnte für sich werben, und die, die ausgewählt wurden, hatten die Gelegenheit, sich über mehrere Wochen im Fernsehen als Kandidaten vorzustellen. Sie erhielten ein Training, wie man sich präsentiert und wie man mit der Öffentlichkeit arbeitet. Es war vereinbart, dass der Gewinner dann für die Konservative Partei bei den Parlamentswahlen kandidieren sollte. Raten Sie, wer gewonnen hat? Es war jemand, der extrem rechts war und der sich auf einer Anti-Immigrationsplattform engagiert hatte. Aus diesem Grund stellte ihn die Konservative Partei dann doch nicht auf. Wir müssen also die Gefahren von extremem Populismus und die Gefahren, die von den Medien ausgehen, zur Kenntnis nehmen.

Das bringt mich zur Sichtweise von Politik: Wie wird Bürgerschaft gesehen, wie Politiker? Wie versteht man die Rolle der Politik? Sollte sich diese auf die lokale Ebene beschränken, weil die nationale Politik zu kompliziert ist? Diese lokale Ebene wird im Zusammenhang mit neuen Partizipationsmechanismen oft vorgezogen.

Es gibt zwar mehr und mehr Partizipation, aber da sich die öffentliche Sphäre selbst verkleinert, betrifft diese immer weniger Bereiche. Doch wie bedeutsam kann Politik noch sein, wenn immer mehr Dienstleistungen und Dinge über den Markt und

nicht mehr über den Staat geregelt werden, nicht mehr national, sondern global? Gibt es also immer mehr Partizipation in immer weniger Bereichen?

Betrachten wir folgendes Beispiel: In London hatten wir ein partizipatives Budget, einen sogenannten Bürgerhaushalt. Diejenigen, die damit in der Praxis zu tun hatten, standen vor der Frage, wie sie mit dem Müllmanagement umgehen sollten. Der Öffentlichkeit wurden drei Optionen präsentiert: Erziehen wir die Leute dazu, mehr zu recyceln? Lassen wir den Müll weniger häufig abholen? Oder verlangen wir höhere Gebühren? Aus dem Bürgerforum kam die Aufforderung an die lokalen Behörden, mit den ortsansässigen Supermärkten und Fast-food-Restaurants zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, etwas an den Mengen und der Art der Verpackungen zu ändern. Die Antwort war, dass das nicht möglich sei.

Aber was ist ein öffentliches Interesse? Wer sind öffentliche Akteure? Was ist hier der Aufgabenbereich der Politik? Wie wird Öffentlichkeit betrachtet, wie Politiker, wie die Politik? Welche Idee von Öffentlichkeit steht hier auf dem Spiel?

Ich interessiere mich ganz besonders für den verloren gegangenen öffentlichen Diskurs. Wir reden immer mehr über die Zivilgesellschaft, über Konsumenten, über aktive Bürger. Wir reden mehr und mehr über Demokratie auf der lokalen Ebene. Aber wo sind die öffentlichen Bewertungen geblieben?

Im Gesundheitswesen gehen wir davon aus, dass der Patient eine Menge weiß und sich zusammen mit dem Arzt um seine Behandlung kümmern kann. In der sozialen Betreuung können die Betroffenen bereits darüber entscheiden, wofür ihr Budget verwendet werden soll. Wir sehen, dass Co-Produktion als Philosophie heute bereits stark verbreitet ist.

Es gibt einige beratende Think-Tanks, die dem öffentlichen Dienst bei Fragen des Co-Designs zur Seite stehen. So half z.B. eine Organisation, die sich MindLab nennt, dem Department of Work and Pensions (Ministerium für Arbeit und Löhne) das vorhandene System von Unterstützungsleistungen für Langzeitkranke zu überarbeiten. MindLab beschäftigte sich detailliert mit den Erfahrungen von vier Empfängern dieser Unterstützung. Daraus leiteten sie Handlungsempfehlungen für die Regierung ab. Diese richtete sich danach und sparte Millionen von Pfund ein. Hier stellt sich allerdings die Frage nach der Repräsentativität der Befragung. Co-Design bedeutet also, sich auf die Erfahrungen der Betroffenen zu berufen und sie direkt in einen deliberativen Austausch darüber einzubeziehen, wie Dienstleistungen neu geordnet werden können – oder aber jemanden damit zu beauftragen.

Damit verändert sich die Betrachtungsweise derjenigen, die Hilfsleistungen empfangen, tiefgreifend. So hat man beispielsweise in den Niederlanden die Sprache der sozialen Betreuung verändert als ein Ergebnis von Co-Design. Von der Sprache der Bedürftigkeit und der Intervention hin zur Sprache des Aktivvermögens: Was können die Menschen einbringen? Was wollen sie? So wurde dort eine Philosophie entwickelt, die Alltagsrehabilitation genannt wird. Das bedeutet, dass nun die Bedürfnisse der Betroffenen nicht einfach erfüllt wurden, sondern dass professionelle Helfer sie in die Lage versetzten, sich selbst darüber klar zu werden, was sie wollten. Dem Ansatz liegt eine andere Philosophie der sozialen Betreuung zugrunde, nämlich das Augenmerk stärker darauf zu richten, was jemand kann und nicht darauf, was er nicht

kann. Er lässt jedoch die Frage offen, wie gut die Bedürfnisse damit tatsächlich erfüllt werden können.

Doch diese Methoden sind zweischneidig: Sie sind weder uneingeschränkt gut, noch können sie einfach abgetan werden.

Ich möchte hier nicht von Stärken und Schwächen reden, sondern von der Doppeldeutigkeit des zivilgesellschaftlichen Engagements. Ambiguität bedeutet dabei, dass diese Ansätze im Sinne von Fortschritt gebraucht werden können, aber auch im Sinne der neoliberalen Logik und des Beschneidens des Wohlfahrtsstaats.

Manche sind begeistert und sie sehen in dieser neuen Philosophie ein hervorragendes Potenzial. Aber ich treffe auch Skeptiker, die der Meinung sind, das sei Neoliberalismus. Ich selbst vertrete die Auffassung, dass weder das eine noch das andere zutrifft – es kommt vielmehr auf die politische Kultur an und wie diese neuen Ansätze gebraucht werden.

Was ich mit Ambiguität bezeichne, wurde auch als «perverse confluence» beschrieben – denken Sie an zwei Flüsse, die gemeinsam in einem Bett fließen. Dieses Konzept stammt aus Brasilien und geht auf Evelina Dagnino zurück, die über die Stärke der zivilgesellschaftlichen Bewegung spricht und davon, wie diese die Bürgerschaft und die Politik transformiert. Aber auch darüber, wie neoliberale Kräfte von diesen Veränderungen profitieren – und zwar in dem Sinne, dass der Neoliberalismus auf aktive Bürger und auf eine dynamische Zivilgesellschaft angewiesen ist. Neoliberalismus braucht Innovation und neue Ideen. Das heißt: Mit dem Konzept der «perverse confluence» gilt es vorsichtig umzugehen. Es erfordert eine sehr klar formulierte politische Position, ehe man über die Stärken und Schwächen von bestimmten Verfahren nachdenken kann.

Aber bestimmte Ansätze – wie auch z.B. die Bürgerhaushalte – bedeuten nicht in jedem Zusammenhang und überall das gleiche. Sie können verschiedene politische Implikationen haben oder völlig andere Bedeutungen von Land zu Land. Das möchte ich anhand einiger wissenschaftlicher Studien verdeutlichen, an denen ich beteiligt war.

Wir untersuchten am Beispiel von 17 deliberativen Gremien, auf welche Weise in England neue deliberative Praktiken auf lokaler Ebene implementiert wurden. Zunächst betrachteten wir den politischen Kontext, in dem dieses geschah, und bemerkten dabei die Vielfältigkeit der verschiedenen politischen Ideen und Strategien, die dort zusammenflossen. Wir fanden schließlich vier verschiedenen Ansätze vor: Der erste Ansatz war die Verbraucherorientierung – so befragte z.B. ein Krankenhaus seine Patienten. Der zweite Ansatz beschäftigte sich mit Empowerment: Lokale Akteure sollten dazu befähigt werden, sich zu äußern und ihren Einfluss geltend zu machen. Partnerschaft war der dritte Ansatz. Es ging darum, wie Behörden und Bürger partnerschaftlich auf lokaler Ebene zusammenarbeiten konnten. Der vierte Ansatz fragte schließlich danach, wie Verantwortung auf die lokalen Akteure übertragen werden konnte.

Empowerment, Partnerschaft, Konsumentenorientierung und Verantwortung hatten dabei ganz verschiedene politische Implikationen. Aber natürlich definierte keiner der Beteiligten das Forum nach diesen Kategorien. Im Mittelpunkt stand für

sie das deliberative Forum als Instrument, das nach den Bedürfnissen der beteiligten lokalen Akteure, der Politiker und kommunalen Angestellten geformt wurde.

Ich möchte dafür plädieren, die Blackbox dieser Instrumente zu öffnen, um wirklich zu sehen, was dort passiert, und sie entsprechend beurteilen zu können. Es handelt sich dabei um Experimente, aus denen man etwas lernen kann. Wir sollten uns nicht darauf beschränken, sie einfach nur gut oder schlecht zu finden.

Am Beispiel «Empowerment» etwa zeigt sich: Der Begriff unterstellt, dass Macht etwas ist, das den Bürgern verliehen werden kann, aber er betrachtet Macht nicht als etwas, das Bürger auch gebrauchen wollen. Jemand sagte einmal, aktiv sein und Aktivist sein sei ein großer Unterschied. Es gibt die «Aktivisten-Bürger», die eine politische Stimme haben und die Dinge bestimmen wollen. Das ist etwas ganz anderes als die aktiven Bürger, die Verantwortung für die Angelegenheiten übernehmen, die der Staat nicht regelt. Ich glaube, es liegt eine Gefahr darin, nicht richtig zu wissen, von welcher Macht die Rede ist, wenn man von Empowerment spricht. Handelt es sich um eine pädagogische Macht, geht es um Information oder darum, neue Wege zu finden, die Stimme zu erheben? Um welche Art von Macht geht es?

In einer anderen Studie über aktive Bürgerschaft, die ich in den Niederlanden mit Evelyn Tonkens durchführte, untersuchten wir, wie das Konzept der aktiven Bürgerschaft in sieben europäischen Ländern umgesetzt wird. In den skandinavischen Ländern, Deutschland, den Niederlanden, Italien, Frankreich und Großbritannien wählten wir Leute aus, mit denen wir herausarbeiten wollten, wie in den sieben Ländern mit drei Ansätzen umgegangen wird: Mit aktiver Bürgerschaft als «responsibility», als «participation» und als «choice», also als Verantwortung, Partizipation und als Wahlmöglichkeit. Doch wir mussten feststellen, dass unser Ansatz nicht funktionierte. Wir konnten uns nicht verständigen, denn diese Konzepte hatten keine festgefügte Bedeutung, sie waren nicht übersetzbar. Sogar die Worte «participation» und «choice» hatten in Deutschland, Skandinavien und Großbritannien eine ganz unterschiedliche Bedeutung. So war mit Wahlmöglichkeit im Gesundheitswesen in Deutschland oft das Versicherungsmodell gemeint, in Großbritannien hingegen die Auswahl des Krankenhauses. Wir lernen also daraus, dass solche Konzepte nicht ohne weiteres über Ländergrenzen hinweg übertragbar sind.

Ein anderes interessantes Ergebnis unserer Studie war die Art, wie sich alle Ideen von aktiver Bürgerschaft auf die Arbeit von sozialen Bewegungen stützten. Sie stützten sich auf Feminismus, auf Patientenkampagnen für mehr Auswahlmöglichkeiten und Autonomie, auf Behinderten- oder die Altenbewegungen. Sie alle formten eine Art Konfluenz zwischen verschiedenen radikalen Forderungen, sie stützten sich darauf und übersetzten ihre Forderungen innerhalb kommunitaristischer Politik, neoliberaler Politik usw.

Das meine ich mit «perverser Konfluenz». Diese Konzepte verändern ihre Bedeutung stetig: So können die Konzepte der Grünen etwas anderes bedeuten, sobald die Leute sagen, dass sie sie für eine gute Idee halten.

Zum Schluss drei Gründe, warum diese Ideen von aktiver Bürgerschaft anregend und weiterführend sein können, und drei Gründe, warum wir vorsichtig damit sein sollten. Um mit den Gefahren anzufangen:

Der erste Grund vorsichtig zu sein, ist der mögliche Anschluss der Ideen von aktiver Bürgerschaft an anti-wohlfahrtliche und anti-staatliche Politik. In Großbritannien spricht man über die «Big Society», meint aber damit den kleinen, den schlanken Staat. Die Idee leitet sich ab aus der Kritik, die von Leuten wie mir an der rein betriebswirtschaftlich und technokratisch orientierten Regierung Blairs geübt wurde. Daraus schloss die Konservative Partei, das alles abzuschaffen – was uns sprachlos zurückließ. Wir kritisierten den Verlust von nachbarschaftlichem Verhalten und nachbarschaftlicher Sorge, Reziprozität und Vertrauen – Dinge, die in der letzten Dekade verloren gegangen waren. Nun wird genau dieses von der Regierung wieder gestärkt. Genau das ist eine «perverse Konfluenz». Die «Big Society» baut genau darauf auf und will gleichzeitig den schlanken Staat. Dennoch lässt sich die Idee aushebeln. Eine lokale Behörde in London zum Beispiel, die ein Pilotprojekt zur Doktrin der «Big Society» durchführte, tat dies, indem sie Partizipation förderte. Schließlich ist ja nicht festgelegt, was «Big Society» genau zu bedeuten hat. Es kommt darauf an, wie diese von den Kommunalbehörden und anderen Vermittlungsinstitutionen interpretiert und umgesetzt wird.

Der zweite Grund vorsichtig zu sein, hat mit der Öffentlichkeit zu tun. Deliberative Praktiken wie Co-Design berufen sich auf individuelle Erfahrungen. Doch welche kollektiven Konsequenzen haben diese individuellen Urteile? Wie kommen öffentliche Beurteilungen zustande? Wie können wir alte Menschen vor Missbrauch schützen und wie Risiken handhaben?

Der dritte Grund, weshalb wir vorsichtig sein sollten: Wer befördert eigentlich was? Es gibt unzählige Berater, Think-Tanks, Veröffentlichungen – viele Leute leben davon, neue Lösungen zu verkaufen. Man sollte danach fragen, wer eine Technologie verkauft, warum sie verkauft wird und ob die Lösungen ihr Geld wert sind.

Und nun kommen wir zu den Gründen, warum die neuen Technologien aufregend und interessant sind. Erster Grund: Die neuen Technologien dezentralisieren Macht und pluralisieren Politik. Repräsentative Regierungen können nicht mehr alle Menschen voll und ganz vertreten, das heißt, die repräsentative Demokratie funktioniert nicht mehr perfekt. Aber das bedeutet nicht, dass wir sie abschaffen sollten. Stattdessen sollten wir darüber nachdenken, wie wir das bestehende Regierungssystem befähigen und stärken können, mehr plurale und flexible Wege zu finden, um Politik zu machen. Die zivilgesellschaftlichen Methoden bieten genau das.

Zum zweiten befinden sie sich in einer Linie mit einigen der neuen sozialen Medientechnologien und Praktiken, politische Kommunikation zu betreiben.

Der dritte Grund, warum die neuen Verfahren aufregend sind, ist, weil sich damit Fragen nach dem Zusammenleben und Zusammenarbeiten in der heutigen Zeit stellen. Sie eröffnen eine politische Debatte, die nicht nur an die alte Thematik Staat versus Markt gebunden ist. Nicht, dass dieses Thema nicht mehr wichtig wäre. Aber wir gehen doch heute weit über diese duale Gegenüberstellung hinaus und denken damit über neue Wege der Politik nach.

Zum Schluss noch zwei Vorschläge:

Erstens sollten wir über neue Methoden, neue Systeme der Beratung nachdenken, über neue Wege, Dienste bereitzustellen. Das Wichtigste dabei sind das Lernen und pädagogische Aspekte. Bestimmte pädagogische Praktiken befördern eine Debatte, die sowohl Bürger als auch Politiker und öffentliche Verwaltungen informiert und unterrichtet. Sie haben erhebliche Konsequenzen für Beamte und lokale Bürokraten, die sich plötzlich mit der Öffentlichkeit auseinandersetzen müssen. Und die Möglichkeit, einen Kulturwandel in öffentlichen Institutionen herbeizuführen, ist ebenso wichtig wie die Technologien oder Methoden selbst.

Zweitens möchte ich noch auf das hinweisen, das John King «Monitory Power», also kontrollierende Macht, die Macht der Minderheit nennt. Die meisten Diskussionen gingen darum, Politiker zu darüber zu informieren, was die Öffentlichkeit denkt. Aber es gibt auch neue Wege für eine engagierte Öffentlichkeit, die öffentliche Verwaltung zu kontrollieren und zu beobachten. Allerdings stößt dies an Grenzen, wo mehr und mehr Dienstleistungen vom öffentlichen zum privaten Sektor wandern. Dann wird die Frage brisant, wie private Akteure und öffentliche Institutionen kontrolliert werden können.

# Alltagsengagement

## Was in den gegenwärtigen Beteiligungsdebatten außen vor bleibt

Demokratie und Beteiligung kann auf verschiedenen Ebenen diskutiert werden. Heute reicht die Bandbreite von der Organisation des G20-Gipfels bis zu Partizipationsverfahren in der kommunalen Planung – aber auch nicht weiter. Und das ist ein Problem.

Derartige Demokratiedebatten – insbesondere auch bei den Grünen – sind nämlich verkürzt. Was bei ihnen außen vor bleibt, sind Formen des Engagements und Aktionsebenen, bei denen es um Lebensmodelle, alltägliche Beteiligung außerhalb des Privatbereichs und Selbstorganisationsformen an den Nahtstellen zwischen Öffentlichem und Privatem geht.

Die landläufige Demokratiedebatte ist gegenüber dem großen Feld des Alltagsengagements in Mikrobereichen seltsam abgeschottet, und das, obwohl ein Drittel der Bundesbürger vor allem hier engagiert sind.

Wichtig sind z. B. Alltagsinteressen wie Sport und Kultur, die Angebote der Kirchen, aber vor allem auch der Kontext der Dienstleistungsgesellschaft mit dem hauptsächlich Familien zu tun haben – Kindergärten, Schulen etc.; immer mehr zählen auch Fragen von Nachhaltigkeit dazu. Hier gibt es inzwischen eine Fülle verschiedener Beteiligungsmodelle und Selbstorganisationsformen (Dreigenerationen-Häuser, Fördervereine, Seniorenbüros, Energiegenossenschaften, selbstverwaltete Stadtteilzentren etc.), in denen Gemeinschaft, Zusammenarbeit und Mitentscheiden erprobt und konstruiert werden.

Kennzeichnend ist, dass diese Formen und Ebenen aktiver Beteiligung zumeist zweiseitig sind: Mitreden und Mittun, Debattieren und Tätig sein, Mitsprache und Mitverantwortung, Einwirken auf andere und Selbstveränderung.

All das bleibt ausgeklammert, solange die Suche nach dem Aktivbürger auf der Ebene partizipativer Planungsverfahren halt macht und sich nicht ausweitet auf Institutionen, die mehr Alltagsdemokratie, Mitbestimmung und Mitverantwortung ermöglichen: etwa Schulen, die sich zum Sozialraum, aber auch zur Wirtschaft öffnen; oder Konzepte für Hilfen im dritten Lebensalter, bei denen es eher um neue Wohnformen im Quartier als um die Frage geht, wie der Altenheimbeirat beschaffen sein soll.

Wenn man all das als «soziales Engagement» wegsortiert, dann bleibt die heutige Debatte um mehr Mitsprachedemokratie blind für die Verbindung von Modellen demokratischer Beteiligung mit Lebensmodellen und dem Wunsch nach Institutionen, in denen man alltäglich mehr zu tun und sagen hat. Und speziell die Grünen verleugnen einen Teil ihrer eigenen Geschichte, in der Fragen, wie wir leben wollen und wie wir dabei (mit)entscheiden können, dichter verknüpft waren als nur über die Ebene partizipativ angereicherter Parlamentsentscheidungen.

Deshalb sollte die Suche nach dem Aktivbürger intensiviert und geöffnet werden. Sie muss auf die Ebene von Alltagsinstitutionen, Vereinen und Projekten vordringen, als für die Rekonstruktion von zeitgemäßen Formen von Bürgerschaftlichkeit mitentscheidenden Orten.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Welt von Vereinen, Projekten und engagierter Mitarbeit muss keineswegs immer und zwangsläufig zu den größeren Fragen der Demokratie, zum Mitmarschieren auf einer Demo oder zur Gremienbeteiligung führen. Für die beschworene Demokratie der Aktivbürger scheint mir aber die Stärkung des darunter liegenden Resonanzbodens von alltäglicher Engagementbereitschaft unbedingt notwendig zu sein; dass sie dafür nicht hinreichend ist, ist banal. Alles in allem: Die laufende Demokratiedebatte sollte auch eine Engagementdebatte werden.

# Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation zusammen denken

Beim Wort Partizipation oder Mitbestimmung denken wir häufig nur an politisches Engagement, beispielsweise für den Einsatz von mehr Lehrpersonal an Schulen oder gegen den Bau einer Autobahn durch ein Naturschutzgebiet. Aber partizipieren kann man auch in kleinerem Rahmen, mit viel geringeren Mitteln und ohne großes Aufsehen. Ich partizipiere in meinem unmittelbaren Lebensumfeld als Mentorin einer Studentin, die gerade mitten im Übergang von Schule und Studium ist.

Bürgerschaftliches Engagement steckt in allen möglichen Lebensbereichen und Orten – ob nun in Schule, Theater, Nachbarschaft oder einer Bürgerinitiative. Der persönliche Einsatz als Lesepate und -patin in der Kita ist genauso wichtig und aner kennenswert wie das politische Engagement in einer Gruppe von Atomkraftgegnerinnen und -gegnern. Letztlich kommt es darauf an, entsprechende Anerkennung für den persönlichen Einsatz in der Gesellschaft zu erfahren.

Wir übersehen viel zu oft, dass Menschen, die sich in kleinerem Rahmen engagieren, ebenso mithelfen, Entwicklungen kritisch zu begleiten. Bürgerschaftlich Engagierte beispielsweise im Pflege- und Sozialbereich können Vorgänge transparent machen, Missstände aufdecken und aus anderer Perspektive Aktivitäten bewerten.

Nachdem Bürgerinnen und Bürger in Deutschland der Politik immer öfter die Problemlösefähigkeit absprechen, sollte bürgerschaftliches Engagement verstärkt aus seinem verdeckten Dasein heraustreten. Um Engagierte zu gewinnen und zu motivieren, darf ihnen zukünftig ein Mitentscheidungs- und Gestaltungsrecht innerhalb der Organisation nicht vorenthalten werden. Besonders die großen (Wohlfahrts-) Verbände, die sehr viele der bürgerschaftlich Engagierten zusammenfassen, müssen ihre Organisationspolitik ändern und sich an die wachsenden Bedürfnisse der Engagierten nach Mitgestaltung anpassen.

Einige Organisationen, wie Bürgerstiftungen oder Selbsthilfeinitiativen, folgen bereits diesem Prinzip. Und auch deshalb wird das Engagement dort immer attraktiver für Menschen mit Gestaltungsanspruch.

Transparenz und offene Kommunikation sind ein erster Schritt und in Zeiten von Open Data und Social Media eine sich geradezu aufdrängende Möglichkeit, Engagierte für die eigene Organisation zu gewinnen.

Im Internet eröffnen sich neue Möglichkeiten der aktiven Teilhabe (Empowerment), (barriere)freier Aktivität, Kommunikation und Partizipation. Über das Internet können nicht nur Face-to-Face-Engagierte eingebunden werden, sondern auch – über

räumliche und zeitliche Grenzen hinweg – Interessierte gewonnen werden. Etablierte Organisationen sollten sich internetbasierten Instrumenten öffnen, um hier den Anschluss nicht zu verpassen und um spontanes wie dauerhaftes Bürgerengagement für ihre Organisation zu gewinnen.

# Wie Bildung zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird

Wie kann Bildung durch die Lernenden stärker als ihre persönliche, durch die Bildungseinrichtungen als ihre eigene und durch die Bürger als gesellschaftliche Aufgabe begriffen werden? Wie kann Bildung im besten Sinne zu einer *res publica* gemacht werden? Wie können Organisationsformen gefördert werden, die die persönlichen Beziehungen und Verantwortlichkeiten im gesellschaftlichen Nahbereich stärken und damit zu einem größeren sozialen Zusammenhalt und Verantwortungsbewusstsein beitragen? Wie können z.B. im Bildungsbereich unterschiedliche Chancen von Kindern dadurch ausgeglichen oder gemindert werden, dass zwischen Kindern bzw. Schülern Partnerschaften gebildet werden, von denen beide jeweils profitieren können. Buddy-Projekte verfolgen diese Idee bereits oft mit anderen Inhalten. Patenschaften können auch Erwachsene einbeziehen, Eltern leistungsstarker Kinder könnten schwächere Kinder bei Hausaufgaben mit einbeziehen, zwischen Erwachsenen und Kindern könnten in einer Region Netzwerke hergestellt werden, die zu größeren Chancen für die Benachteiligten, aber auch für die Leistungsstärkeren führen, ohne dass sie fester staatlicher Reglementierungen bedürfen.

Wenn man davon ausgeht, dass es ein gesellschaftlich akzeptiertes Ziel ist, dass möglichst viele Menschen ein individuell gutes Leben führen können, so sollte dem als zweites Ziel ein soziales gutes Leben zur Seite gestellt werden, das von regionalen und thematischen Bindungen lebt. Die Integration oder Inklusion beispielsweise von behinderten, alten, schwachen Menschen hängt zum großen Teil von staatlichen Hilfs- und Schutzmaßnahmen wie auch von Versicherungen ab; sie hängt aber auch hinsichtlich der sozialen Eingebundenheit von den sehr konkreten Interaktionen im Umfeld ab. Wird gegenseitige Unterstützung möglichst zum beiderseitigen Vorteil geregelt? Solche regionalen Netzwerke oder Verantwortungsgemeinschaften verlangen von jedem einen Beitrag. Gesellschaften, die in hohem Maße über solche Formen von Eigenaktivität verfügen, haben in der Regel eine optimistischere Grundstimmung. Selbstwirksamkeit oder die Überzeugung, dass die eigene Leistungsbereitschaft und Aktivität entscheidend zur guten Lebensgestaltung gehört, führt in der Regel zu größerer Zufriedenheit als die Warterei auf das Handeln Dritter. Insbesondere verleiten überhöhte Erwartungen an den Staat selbst leicht zu Passivität.

Solche Konzepte von sozialer Interaktion können für viele Bereiche entfaltet werden: Bildung, Gesundheit, Zusammenleben von Alt und Jung etc. Sie setzen regionale Partizipations- oder auch Verantwortungsstrukturen voraus.

Staatliches Handeln wird damit nicht suspendiert. Es sollte sich aber stärker darauf konzentrieren, Rahmenbedingungen zu setzen, individuelle Rechte von Bürgern zu gewährleisten und regionale Strukturen zu fördern. So könnten Steuerungsinstrumente völlig verändert werden und z.B. mit regionalen Netzwerken Zielvereinbarungen getroffen werden. So könnte Übereinkunft darüber erzielt werden, wie in einer Region Bildungsabschlüsse erhöht und Schulabbrecherquoten verringert werden könnten. Die Realisierung würde den regionalen Einrichtungen und Bürgern überlassen, die Ressourcen dafür müssten verhandelt werden.

Im Bereich Bildung könnte dies so aussehen: Bildungsnahen Eltern wird nicht die staatliche Entscheidung über den Bildungsgang ihrer Kinder entgegengestellt – was häufig zu Widerspruch führt –, sondern ihre Bildungsnähe und Leistungsbereitschaft wird positiv unterstützt, gleichzeitig aber mit dem Anspruch verbunden, andere (bildungsferne) Kinder dabei mitzunehmen. Bildungsnahe Eltern könnten Patenschaften jeweils für ein Kind übernehmen, das mit dem eigenen auf die gewählte Schulform wechselt, oder es könnte ein gemeinschaftlich organisiertes Nachhilfe- oder Unterstützungssystem zuwege gebracht werden.

Eine solche positive Wahrnehmung und Akzeptanz von bürgerschaftlichen Selbstorganisationsformen wird oft behindert durch die häufig negative Kontextuierung durch die in diesem Feld tätigen Akteure selbst. Bürgerschaftliches Engagement wird sozusagen als Lückenbüßer für nicht mehr mögliches staatliches Handeln oder aufgrund von Sparzwängen notwendig definiert. «Weil der Staat dies nicht mehr tut...», ist eine beliebte Redewendung oder Standardbegründung für bürgerschaftlich organisierte Projekte. Eine solche Begründung wie auch die häufigen Hinweise, dass im Zusammenhang mit dem Ehrenamt sorgfältig darauf geachtet werden müsse, dass der Staat nicht aus seiner Verantwortung entlassen wird, verhindert eine entschlossene Neudefinition von staatlicher und gesellschaftlicher Verantwortung. Eine solche Begründung begreift bürgerschaftliches Engagement nur als vorübergehend, nur für die «schlechten Zeiten». Dieser negative Kontext hindert auch daran, ein vernünftiges Selbstbewusstsein wie auch eine positive Selbstwirksamkeitserwartung zu entwickeln, sozialen Zusammenhalt selbst gestalten oder auch nur die Ausformung des gesellschaftlichen Umfeldes in die Hand nehmen zu können. Eine solche negative Kontextuierung fördert sogar noch die negative Sicht auf den Staat oder «die Politik» als eine Summe enttäuschter Erwartungen, anstatt positiv die staatlichen Aufgaben einer kritischen Reflexion zu unterwerfen.

## **Neuverteilung von Verantwortung**

«Für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, ihre Erziehung und Bildung sind viele Menschen verantwortlich. Ob diese Prozesse gelingen oder ob Benachteiligungen gemindert werden können, hängt davon ab, wie diese Bedingungen des Aufwachsens gestaltet werden. Aus Sicht von Kindern und Jugendlichen bieten ihre Eltern, Geschwister, Freunde, Tagesmütter, Spielgruppen, Kitas, Schulen, Kirchen, Vereine, Musikschulen, Bibliotheken, Sportstätten, Medien und Initiativen der Jugendhilfe vielfältige Möglichkeiten des Lernens – oder auch nicht. Viele Potenziale

werden verschenkt, dadurch dass zwischen diesen Akteuren zu wenig kooperiert wird, sie ihre Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen nicht abstimmen. Sei es, dass es sich um staatliche Institutionen handelt, sei es um private Personen. Ungeklärte Verantwortlichkeiten, starre institutionelle Trennungen tragen dazu bei, dass vor allem die Kinder und Jugendlichen, die die besondere Unterstützung brauchen, nicht genügend gefördert werden. So ist im frühkindlichen Bereich die Einbeziehung von Eltern in die Arbeit der Kindertagesstätten immer noch stark verbesserungsbedürftig; Schule und Eltern arbeiten häufig nebeneinander, manchmal gegeneinander und zu selten gut miteinander. Auch Schule, Jugendhilfe, Beratungsstellen und außerschulische Partner sind teilweise durch enges Ressortdenken unzureichend vernetzt, teilweise institutionell nicht sinnvoll gegliedert. Vor Ort existieren Beratungsstellen, deren Service sich auf ähnliche Personengruppen bezieht, nebeneinander her. Dadurch werden die Ressourcen nicht optimal genutzt. Die vielerorts vorhandene Bereitschaft in der Zivilgesellschaft, sich insbesondere an Hilfen für benachteiligte Jugendliche zu beteiligen, wird nicht hinreichend abgerufen.»<sup>1</sup>

So gibt es z.B. in Berlin den Jugendpsychiatrischen Dienst, der bei der Gesundheitsverwaltung im Bezirk angesiedelt ist; es gibt Familienberatungsstellen, in der Regel der Sozialverwaltung beigeordnet, oder Hilfen zur Erziehung bei der Jugendverwaltung, um nur einige zu nennen. Helferkonferenzen, die auf Bezirksebene für schwierige Jugendliche einberufen werden, bestehen teilweise aus Vertretern von acht verschiedenen Institutionen. In einigen Fällen wurden Lehrkräfte mit einigen Stunden entlastet, um die verschiedenen Dienste zu koordinieren. Dies kann in dieser Form nicht sinnvoll sein. In den letzten Jahren ist auf diesem Feld sicher einiges an Reformen geschehen, es darf aber bezweifelt werden, dass hier schon die Kooperation wirklich nutzbringend gestaltet wird.

## **Bürgerschaftliche Verantwortung und Selbstorganisation**

Der Ruf nach zusätzlichen Mitteln ertönt immer schnell; es wird aber zu wenig danach gesucht, wie vorhandene Dienste effektiver kooperieren können, wie Regionen so gestaltet werden können, dass nach der gemeinsamen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen gefragt wird und diese besser organisiert wird.

Das Bürgernetzwerk Bildung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) versucht als ein Projekt mit bescheidenen Ressourcen, diese geforderte bürgerschaftliche Verantwortung und Selbstorganisation zu realisieren. Natürlich nicht in dem breiten Rahmen, der bisher aufgespannt wurde, aber als ein Beispiel, wie Unterstützung für benachteiligte Kinder durch Eigeninitiative organisiert werden kann. Dieses wird in den Kapiteln meines Buchs «Lesepaten in Berlin oder wie man Bildung zur gesellschaftlichen Aufgabe macht» (2011) hoffentlich anschaulich beschrieben

---

<sup>1</sup> Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Empfehlung der Schulkommission, Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf*, 2008, S. 29/30.

und regt hoffentlich viele Menschen zur Nachahmung an. Sollten die Beschreibungen manchmal an ein Rezeptbuch erinnern, so ist dies beabsichtigt.

*Der Text ist ein Auszug aus ihrem jüngst erschienenen Buch «Lesepaten in Berlin oder wie man Bildung zur gesellschaftlichen Aufgabe macht». Erschienen im Waxmann-Verlag, Münster 2011, S.19/20.*

# Anstiften zum Protest

## Engagement und gesellschaftlicher Wandel am Beispiel der Bewegungsstiftung

Die Bewegungsstiftung ermöglicht über die Generationen hinweg politisches Engagement im Dienst des sozialen Wandels. Im Netzwerk Wandelstiften haben sich vergleichbare Stiftungen zusammengeschlossen.

Sie könnten auf der faulen Haut liegen und das Leben genießen, ihr Geld unter die Leute bringen und um das schlechte Gewissen zu beruhigen, hie und da ein bisschen Wohltätigkeit verteilen. Doch es gibt Menschen, die reich sind und dennoch mehr wollen, als den lieben Gott einen guten Mann sein lassen. Die mit dem Geld, das ihnen plötzlich in den Schoß fiel, und zusammen mit anderen, die Welt, die sie nicht gut eingerichtet finden, verändern wollen. Die jung und verantwortungsbewusst sind oder die früher vielleicht selbst zu den «Bewegten» gehörten und nun nach Wegen suchen, ihr Geld und ihr politisches Anliegen unter einen Hut zu bringen.

Über 50 Milliarden Euro werden derzeit jährlich in Deutschland vererbt oder verschenkt. Ein kleiner Teil davon fließt in Stiftungen, wie beispielsweise die Bewegungsstiftung. Im Unterschied zu den meisten anderen Stiftungen, die den Stifterinnen und Stiftern ein persönliches Andenken setzen und darauf abzielen, gesellschaftliche Missstände zu mildern, setzt die 2002 von ein paar Leuten gegründete Bewegungsstiftung auf Gemeinsamkeit und auf ökologische und soziale Veränderung.

Gemeinsamkeit bedeutet zunächst, dass Ziele und Arbeit der Stiftung nicht lediglich nach dem Willen der Geldgebenden bestimmt werden, sondern von allen, die an der Stiftung beteiligt sind: Stifterinnen und Stifter sowie auch den Projektpartnern, die aus den Mitteln der Stiftung finanziert werden. Als Gemeinschaftsstiftung eröffnet die Bewegungsstiftung ein weites Feld, sich über das finanzielle Engagement hinaus an ihrer Gestaltung zu beteiligen.

Einigkeit besteht bei allen Akteurinnen und Akteuren darüber, dass es nicht ausreicht, an den Symptomen der kapitalistischen Gesellschaft herumzudoktern. Es werden keine Almosen verteilt, aber auch keine Aufgaben übernommen, die dem Staat obliegen, wie Sozial- oder Bildungsarbeit. Es geht vielmehr darum, den politisch

aktiven fortschrittlichen Kräften die finanzielle Basis zu geben, Missstände auf die politische Agenda zu setzen und darauf zu dringen, dass sich etwas verändert. Es geht nicht um das Erträglichmachen schlechter Zustände im Sinne von «Charity», sondern um Teilhabe als ein politisch begründetes Recht.

Das politische Engagement der von der Bewegungsstiftung geförderten Projekte ist vielfältig: «Angestiftet» werden Menschen, die sich um die Erhaltung der ökologischen Grundlagen der Gesellschaft bemühen, wie die Anti-Atomkraft-Bewegung oder die Kampagnen gegen die Gentechnologie; Friedensinitiativen und Menschen, die sich gegen soziale Ungerechtigkeit engagieren, oder Menschen, die sich für die Rechte von Minderheiten einsetzen.

Oft sind es kleinere Kampagnen, die mit nur wenig Geld viel bewegen können: Die einen kämpfen dagegen, dass Bundeswehroffiziere Schüler werben; die anderen trommeln für die Rekommunalisierung von Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder dafür, sich von ethisch bedenklichen Großbanken zu verabschieden; wieder andere kümmern sich um rechtlose Flüchtlinge oder darum, dass wir ein Bewusstsein für Billigklamotten aus benachteiligten Regionen der Welt entwickeln. Gelegentlich können aber auch richtige Volksbewegungen auf die Bewegungsstiftung zurückgreifen: Die großen Anti-Atom-Demonstrationen 2011 sind auch mit den Ausfallbürgschaften einzelner Stifter gestemmt worden.

Eine besondere Rolle spielen Initiativen, die es sich zur Aufgabe machen, die Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft zu stärken, die in der unter dem Dach der Bewegungsstiftung ansässigen und verwalteten Stiftung bridge einen eigenen Ansprechpartner finden. Der Erfolg des FoeBuD gegen das Erfassungssystem «Elena» vor dem Bundesverfassungsgericht oder die Kampagne gegen die Vorratsdatenspeicherung wurden auch durch die Mittel der Stiftung bridge ermöglicht.

Auf fünf Millionen Euro soll bis zum Jahresende das Stiftungskapital der Bewegungsstiftung anwachsen, ergänzt von regelmäßigen Spenden, die unmittelbar in den Fördertopf fließen. Der nur abstrakte Geldwert und die Projekte, denen die Rendite zugute kommt, bekommen indessen ein Gesicht, wenn Stifter und Aktive in den verschiedenen Gremien der Stiftung arbeiten oder alljährlich zur Strategiewerkstatt zusammentreffen. Obwohl zwischen «Bewegten» und den mittels Spenden mit der Bewegung Verbundenen manchmal sechzig Jahre und drei Generationen Erfahrung liegen, werden diese «Familientreffen» von allen als höchst bereichernd empfunden. Die einen fühlen sich in ihrer Arbeit bestätigt, die anderen darin, ihr Kapital sinnvoll angelegt zu haben. Und die Anlage erfolgt nach ethisch strengen Kriterien, die auf der Homepage der Stiftung transparent gemacht werden. Auch das ist es, was Vermögende an der Stiftung reizt: Sie wollen nicht nur auf ihre Weise den Protest unterstützen, sondern auch sichergehen, dass ihr Geld nicht bei Großbanken oder in fragwürdige Anlagen investiert wird. Mit ihren Geldanlagen fördert die Stiftung beispielsweise auch alternative Betriebe und Wohnprojekte – sozusagen in Verdoppelung einer «nachhaltigen» Dividende.

Eine andere «Anlageform», die die Bewegungsstiftung kreiert hat, ist die Institution der Bewegungsmitarbeitenden. Das sind Menschen, die eine gewisse Phase ihres Lebens ausschließlich in den Dienst ihrer politischen Arbeit stellen wollen – aber

in dieser Zeit von irgendetwas leben müssen, denn zufließende Honorare reichen meist nicht aus. Die Stiftung wählt geeignete Aktivistinnen und Aktivisten aus, diese müssen Paten oder Patinnen finden, die bereit sind, einen gewissen Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt beizusteuern. Oft werden Patenschaften aus dem unmittelbaren Umkreis der Aktiven rekrutiert, manchmal wird die «Beziehung» erst über die Stiftung geknüpft. Über 50.000 Euro wandern jedes Jahr auf diese Weise und von der Stiftung weitergeleitet von der einen auf die andere Seite. Unter Umständen kann eine solche Phase eine politische Karriere begründen, manchmal schafft sie Gelegenheit, eine Existenzweise zu erproben oder eine Existenz erst möglich zu machen: Der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold gehörte zu den ersten Bewegungsarbeitern der Stiftung, die mittlerweile überregional bekannte Kletteraktivistin Cécile Lecomte lebt mit Unterstützung ihrer Paten noch immer am liebsten in Bäumen, und Bruno Watara konnte an der westafrikanischen Protestkarawane für die Rechte von Flüchtlingen weltweit teilnehmen.

Von den durch das liberalisierte Stiftungsrecht aus dem Boden schießenden rund 18.000 Stiftungen in Deutschland bemühen sich nur verschwindend wenige um vergleichbare Ziele wie die der Bewegungsstiftung und arbeiten nach ähnlichen Kriterien. Um dies öffentlicher zu machen und Synergieeffekte zu nutzen, hat sich vor einigen Jahren das Netzwerk Wandelstiften gegründet. Unter ihrem Dach haben sich knapp zwanzig kleinere und größere Stiftungen – darunter die Frauenstiftung Filia, die Medico-Stiftung, Nord-Süd-Brücken und die Taz-Panther-Stiftung – zusammengeschlossen, die mit ihrer Arbeit gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen wollen. Bedingung für die Mitgliedschaft ist, dass das Kapital nach «ethisch, ökologisch und sozial verantwortlichen Richtlinien» angelegt wird und Förderkriterien, Förderstrategien und Förderverfahren transparent gemacht werden.

*Im Netz:*

*[www.bewegungsstiftung.de](http://www.bewegungsstiftung.de)*

*[www.wandelstiften.de](http://www.wandelstiften.de)*

# Engagement und Organisation Über Idealvorstellungen und Gestaltungsspielräume von Freiwilligenagenturen und -zentren in Deutschland

## Das «frische» Engagement der Bürgerinnen und Bürger

Die politische und gesellschaftliche Kultur in Deutschland ist in hohem Maße durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern geprägt. Begriffe wie ehrenamtliches, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement markieren diese traditionsreiche und bedeutsame Entwicklung. Seit Ende der 1960er Jahre verliert das ehrenamtliche Engagement in Deutschland schrittweise seine Betulichkeit und Bescheidenheit und gewinnt zugleich an gesellschaftspolitischer Bedeutung. Im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements kommt dieser gesellschaftspolitische Gehalt des Mitgestaltens und Mitentscheidens treffend zum Ausdruck (vgl. Enquete-Kommission 2002). Für die Entwicklung der Potenziale von Engagement sind organisatorische Bedingungen und Gelegenheiten von entscheidender Bedeutung. Freiwilligenagenturen und -zentren<sup>2</sup> nehmen hierbei – ihrer Selbsteinschätzung zufolge – seit Anfang der 1980er Jahre in Großstädten und seit einigen Jahren auch flächendeckend im gesamten Bundesgebiet eine Schlüsselstellung ein.

Wie aber ist das Selbstverständnis und was sind die Aufgaben und Leistungen von Freiwilligenagenturen? Sind sie entsprechend ihrer Selbstdarstellungen Vermittlungsstellen, Entwicklungsagenturen oder Mittlerorganisationen? Auf jeden Fall existieren heterogene und widersprüchliche Vorstellungen über Freiwilligenagenturen. In dieser Gemengelage kann einerseits die Vielfalt und Attraktivität, andererseits aber auch die sachliche Beliebigkeit und organisatorische Schwäche von Freiwilligenagenturen als indifferente Anlaufstelle für bürgerschaftliches Engagement zum Ausdruck

2 Zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden der Begriff der Freiwilligenagentur als Sammelkategorie für Freiwilligenagenturen, -zentren, -börsen und ähnliche Organisationen verwandt.

kommen. In verbandlichen Diskussionen über das Selbstverständnis von Freiwilligenagenturen kommen diese Suchbewegungen in schillernden Begriffen wie «Schnellboote» oder «Entwicklungsagenturen» zum Ausdruck. Allerdings bleibt für Freiwilligenagenturen am Ende ihrer dreißigjährigen Aufbau- und Entwicklungsphase nur noch wenig Zeit für grundlegende Suchbewegungen und Selbstverständigungsdiskussionen. Erschwerend kommt hinzu, dass ihr Arbeitsalltag von existenziellen Anforderungen einer projektbezogenen Mittelbeschaffung und Selbstbehauptung gegenüber Kommunalpolitik und -verwaltung sowie anderen Einrichtungen und Diensten einer fragilen lokalen Engagement-Infrastruktur geprägt ist (vgl. Wolf/Zimmer 2012). Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die «Macherinnen und Macher» von «Freiwilligenagenturen» bisweilen überfordert sind und an die Grenzen der Belastbarkeit kommen, wenn sie gemäß der aktuellen Förderpolitik gezwungen sind, immer wieder neue innovative Projekte zu erfinden und sich inhaltlich als möglichst allkompetent zu präsentieren und zugleich immer wieder die Eigenständigkeit ihres Tuns garantieren müssen.

Das Selbstverständnis, die Leistungen und die Entwicklungen von Freiwilligenagenturen als moderne Organisationen wurden soeben in einer bundesweiten und lokal vertiefenden empirischen Untersuchung mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht (vgl. zum folgenden Backhaus-Maul/Speck 2011, Backhaus-Maul/Friedrich 2011, Speck/Backhaus-Maul/Friedrich/Krohn 2012). Einige ausgewählte Befunde der Untersuchung sollen im Folgenden daraufhin erörtert werden, wie Wege aus dem Dilemma von Abhängigkeit und Gestaltungswillen sowie von eigenen Ansprüchen und realen Möglichkeiten gefunden werden können und welche Zukunftsentwicklungen von Freiwilligenagenturen denkbar sind.

## Entwicklungen von Freiwilligenagenturen

Nach einer eher zögerlichen Gründungsphase kam es vor allem Ende der 1990er Jahre im Zuge der beginnenden Debatte um Engagement und verstärkt in den vergangenen zehn Jahren zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der Freiwilligenagenturen. So existierten im Jahr 2001 deutschlandweit bereits ca. 190 Freiwilligenagenturen, knapp zehn Jahre später (2009) waren es rund 360, was annähernd einer Verdoppelung entspricht. Dieses Wachstum von Freiwilligenagenturen erfolgte allerdings nicht kontinuierlich, sondern mit erheblichen Schwankungen und war vor allem durch Neugründungen und gleichzeitige Schließungen geprägt.

Mit der steigenden Zahl der Freiwilligenagenturen differenzierten sie sich zugleich in Hinblick auf Größe und Trägerschaft aus: Fast ein Drittel arbeitet ohne hauptamtliches Personal, über die Hälfte verfügt immerhin über ein bis zwei hauptamtliche Mitarbeitende und ein vergleichsweise geringer Anteil hat drei und mehr hauptamtliche Mitarbeitende. Als Träger fungieren Kommunen, Vereine und Wohlfahrtsverbände. Diese Heterogenität spiegelt sich in ihrer finanziellen Ausstattung wider und zeigt eine oftmals unzureichende und mit Risiken behaftete Grundfinanzierung von Freiwilligenagenturen. So arbeitet fast die Hälfte von ihnen mit einem Jahresetat von

bis zu 10.000 Euro, ein weiteres Drittel mit einem Budget von bis zu 50.000 Euro und weniger als ein Drittel mit einem Jahresbudget von über 50.000 Euro. Die Freiwilligenagenturen mit einem Jahresetat von bis zu 10.000 Euro dürften dabei erhebliche Schwierigkeiten haben, überhaupt eine hinreichende Leistungspalette vorhalten und spürbare Effekte erzielen zu können.

## Idealvorstellungen

Das Verständnis und das Aufgabenprofil der «ambitionierten» unter den untersuchten Freiwilligenagenturen reichen dabei von hohen selbstgesteckten Zielen wie «kommunale Entwicklungsagentur» bis hin zu «lokaler Problemlöser». Ihrem Selbstverständnis zufolge agieren Freiwilligenagenturen als «unabhängige lokale Infrastruktureinrichtungen» an den «Schnittstellen» zwischen interessierten Bürgern, gemeinnützigen Organisationen sowie Kommunalpolitik und -verwaltungen. Durch Informations-, Beratungs-, Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote sowie eine breite Palette an Aktivitäten und Maßnahmen in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit wollen sie eigenen Angaben zufolge bürgerschaftliches Engagement vor Ort fördern.

Eine Grundfunktion von Freiwilligenagenturen besteht in der Information, Beratung und Vermittlung von Bürgern und Organisationen. Im Durchschnitt, so die Befunde der Studie, wandten sich im Jahr 2008 rund 130 Bürger an eine Freiwilligenagentur, nahmen 72 Bürger eine persönliche Beratung in Anspruch und wurden 46 Bürger an 45 unterschiedliche Organisationen vermittelt. Neben der Information, Beratung und Vermittlung von Bürgern und Organisationen messen Freiwilligenagenturen ihrer Öffentlichkeitsarbeit sowie ihrer eigenen Weiterentwicklung durch neue Leistungsangebote hohe Bedeutung bei. Das Potenzial von Freiwilligenagenturen erschließt sich somit erst in der Gesamtschau aller Funktionen, Aufgaben und Leistungen und beschränkt sich bei weitem nicht auf die Beratung und Vermittlung einzelner Bürger. Angesichts dieses weitreichenden und gemessen an den tatsächlichen Möglichkeiten einzelner Freiwilligenagenturen bisweilen auch «überzogenen» Selbstverständnisses stellt sich die Frage, wie eine Freiwilligenagentur mit ihrem wenigen Personal überhaupt die selbst genannten und zugewiesenen Aufgaben der Beratung von Bürgern, gemeinnützigen Organisationen und privatgewerblichen Unternehmen, der Initiierung und Entwicklung einer lokalen Engagement-Infrastruktur, der engagementpolitischen Lobbyarbeit und nicht zuletzt der Entwicklung engagementbezogener Projekte auch nur ansatzweise erfüllen kann.

Vor diesem Hintergrund wird es für Freiwilligenagenturen zukünftig prioritär darum gehen, ein differenziertes und zugleich unverkennbares Profil zu entwickeln. Hierzu bedarf es eines «Markenkerns» (Kemnitzer 2011), der für alle Freiwilligenagenturen verbindlich ist und damit auch in der Öffentlichkeitsarbeit platziert werden kann. Es geht darum, Freiwilligenagenturen als eindeutige «Marke» bekannt zu machen. Diese Marke wiederum wäre mit dem bereits existierenden Qualitätsmanagement (QMS) der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) zu verknüpfen, das für zentrale Arbeitsbereiche von Freiwilligenagenturen Qualitätsmerkmale benennt. Eine Freiwilligenagentur, die nach diesem System arbeitet,

soll sowohl Freiwillige kompetent beraten und vermitteln als auch Organisationen in Fragen des Freiwilligenmanagements beraten können und über Schlüsselkompetenzen in der Organisations- und Projektentwicklung und im Finanzmanagement verfügen. Das Qualitätsmanagement wird flankiert durch Qualifizierungsmaßnahmen der bagfa, die neben der reinen Wissensvermittlung vor allem auch den Austausch und die kollegiale Beratung zum Gegenstand haben. Offen ist nach wie vor, ob und in welcher Art und Weise eine Weiterbildung zum Manager oder zur Managerin von Freiwilligenagenturen erforderlich ist. In diesem Zusammenhang macht die Studie deutlich, über welche weitreichenden Kompetenzen Führungskräfte in Freiwilligenagenturen verfügen müssten, um den Aufgaben überhaupt gerecht werden zu können: Feldexpertise, sozialpädagogische Beratungskompetenzen, betriebswirtschaftliches Wissen sowie Organisations- und Kooperationserfahrungen sind dabei nur einige der Anforderungen.

Über ein «Basisprofil» hinaus könnten «größere» Freiwilligenagenturen eine Vorreiterposition als Entwicklungs- und Partizipationsagenturen einnehmen. In diesem Sinne würden sie vor Ort bürgerschaftliches Engagement weiterentwickeln und als Kompetenzzentren für politisches Engagement agieren, das sich an Bürgerinnen und Bürger wendet, die mitentscheiden und mitgestalten wollen. So würde sich für Freiwilligenagenturen insgesamt die Möglichkeit eröffnen, sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten weiterzuentwickeln. Kleinere Freiwilligenagenturen könnten sich selbst- und ressourcenbewusst auf ein «Basisprofil» beschränken.

Für alle Freiwilligenagenturen und die bagfa stellt sich zugleich die Kardinalfrage, welchen Sinn und Zweck eine Freiwilligenagentur vor Ort macht und welche Qualitäts- und Erfolgskriterien dabei zugrunde zu legen sind. Schlichte Zahlenangaben über individuelle Beratungen von Bürgern reichen hier bei weitem nicht aus, sondern es ist umfassend und präzise darzustellen, ob und wie Freiwilligenagenturen dazu beitragen, gesellschaftspolitische Effekte und Wirkungen zu erzielen.

## **(Förderpolitische) Abhängigkeiten und Gestaltungsspielräume**

Die Möglichkeiten der Profilbildung von Freiwilligenagenturen sind aufgrund der gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen eingehegt. So zeigt die Studie, dass der erklärte Wille und das bekundete Interesse an einer Freiwilligenagentur von lokalen Akteuren, wie Wohlfahrtsverbände einerseits und von Kommunalverwaltung und -politik andererseits, eine elementare Voraussetzung für eine gelingende Entwicklung und Institutionalisierung von Freiwilligenagenturen sind. Allerdings ist dabei die Balance aus Nähe und Distanz gegenüber (kommunaler) Verwaltung und Politik zu finden, da ansonsten eine eigenständige Profilbildung gar nicht möglich ist. Daran anknüpfend stellt sich die grundsätzliche Frage, wie und in welcher Form Aushandlungsprozesse im Sinne einer lokalen Agenda für bürgerschaftliches Engagement tatsächlich durch zivilgesellschaftliche Akteure gestaltet werden können. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass es weder auf Seiten von Kommunen, Bund und Ländern noch durch Stiftungen und zivilgesellschaftliche Organisationen selbst eine grundlegende institutionelle Förderung zugunsten einer Engagement-Infrastruktur in

Deutschland gibt. Die Förderung seitens der eigentlich für Freiwilligenagenturen zuständigen Kommunen ist außerhalb großstädtischer Verdichtungsräume in der Regel gering und oftmals nicht auf Dauer angelegt. Folglich improvisieren zahlreiche Freiwilligenagenturen in stiller Erwartung besserer Zeiten mit Mitteln aus der Projekt- und Modellförderung. Diese Förderprogramme weisen ihren Empfängern bisweilen die Rolle des abhängigen Dienstleiters zu, was eine Diskontinuität in der Strukturbildung und eine Fügsamkeit und Duldsamkeit in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten nach sich zieht.

Hinzu kommt, dass Inkonsistenzen bei der Förderung der Engagement-Infrastruktur seitens des Bundes folgenreich sind. «Am Beispiel des Bundesprogrammes für Mehrgenerationenhäuser werden Paradoxien deutlich: Auf der einen Seite argumentiert der Bund, dass er keine Infrastrukturmaßnahmen fördern kann, auf der anderen Seite tut er genau dieses mit einem mittelfristigen Programm, das einem spezifischen Typus von Infrastruktureinrichtung eine Monopolstellung zuweist und vieler Orten die letzten freien kommunalen Eigenmittel bindet. Der schlichte Verweis von Engagementorganisationen auf mögliche andere Fördermittelgeber, wie Stiftungen und Unternehmen, ist aus ordnungspolitischen und zivilgesellschaftlichen Erwägungen unter den Prämissen Autonomie und Eigensinn grundsätzlich richtig, aber da es bisher an einer hinreichenden Anzahl leistungsstarker (Bürger-)Stiftungen und gesellschaftlich engagierter Unternehmen fehlt, geht diese Empfehlung des Bundes zumeist zielgenau ins Leere» (Kemnitzer 2011).

Akut stellt sich die Frage, ob Gesellschaft und Politik überhaupt gewillt sind, die Zivilgesellschaft nicht nur rhetorisch zu beschwören und symbolisch zu fördern, sondern ob sie auch bereit und in der Lage sind, in die institutionellen und organisatorischen Grundlagen der Zivilgesellschaft zu investieren. Der Verweis auf fehlende finanzielle Mittel, das Kooperationsverbot von Bund- und Ländern und förderrechtliche Restriktionen (Modellförderung) markiert zwar mögliche Hürden, die aber, wie etwa die Bundeskulturstiftung und das Bund-Länder-Programm «Soziale Stadt» zeigen, politisch-gestalterisch überwunden werden können. Gleichzeitig sollte es darum gehen, die zivilgesellschaftliche Experimentier- und Gestaltungsfreude zu fördern: Es ist vermessen zu glauben, dass durch politische Steuerung und fachliche Standardisierung bundesweit einheitliche Lösungen zustande kommen. Woran es zumeist auf Seiten von Fördermittelgebern fehlt, ist Vertrauen in die Kraft und Kreativität der Zivilgesellschaft. Noch immer wird hier die Rolle des patriarchalen Geldgebers gepflegt, der kontrolliert und zuteilt, aber dafür auch vorher genau definierte Umsetzungsschritte entsprechend seiner Vorgaben und Vorstellungen verlangt. Veränderungen und Innovationen sind nicht vorgesehen und werden in der Regel sanktioniert, ähnlich wie der (Fundraising-)Erfolg, der bei Fehlbedarfsfinanzierungen zu Mittelkürzungen führen kann. Was bleibt, ist eine zwar beruhigende, zugleich aber auch innovationsabstinente und risikofreie Mittelmäßigkeit in der Engagementförderung.

Warum in der Engagementförderung nicht einmal gesellschaftliche Innovationen riskieren? Den Einrichtungen, Initiativen und Projekten «Luft zum Atmen geben, sie Geschichten und Visionen erzählen lassen, ihnen selbst die Möglichkeit geben, ihre

Erfolgskriterien zu bestimmen und dann gemeinsam nach einer bestimmten Zeit (die auch mal etwas länger sein darf) zu evaluieren, was wie gelaufen ist» (Kemnitzer 2011). Eine solche zivilgesellschaftliche Förderkultur zu etablieren, würde erst einmal nicht mehr kosten, sogar Bürokratiekosten senken, hätte aber zur Folge, dass politische Macht punktuell neu verteilt werden würde ...

Am Beispiel von Freiwilligenagenturen zeigt sich, dass Einrichtungen der Engagement-Infrastruktur vor der Herausforderung stehen, spezifische Profile herauszuarbeiten, sich als Marke zu präsentieren, ihre operativen Ziele zu benennen und Handlungsschritte zu entwickeln: «Und dafür leidenschaftlich und professionell zu werben, also ihre Segel richtig zu setzen und ihr Schnellboot seetauglich zu machen und entsprechend Fahrt aufzunehmen. Wenn sich allerdings der (förderpolitische) Wind ständig dreht oder es im schlimmsten Fall windstill bleibt, nutzt der beste Kompass nicht mehr weiter, da die eigenen Ziele unerreichbar bleiben» (Kemnitzer 2011).

## Literatur

- BACKHAUS-MAUL, Holger/Friedrich, Peter (2011): «Freiwilligenagenturen – auf der Suche nach sich selbst», in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 6.
- BACKHAUS-MAUL, Holger/Speck, Karsten (2011): «Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale auf kommunaler Ebene», in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 91 Jg., Heft 7, S. 302-308.
- ENQUETE-KOMMISSION «Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements» des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (2002): *Bericht. Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft*, Opladen.
- KEMNITZER, Tobias (2011): «Entwicklungsperspektiven von Freiwilligenagenturen», Berlin.
- SPECK, Karsten/Backhaus-Maul, Holger/Friedrich, Peter/Krohn, Maud (2012): «Freiwilligenagenturen und Engagement in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer viel versprechenden intermediären Organisation», Wiesbaden.
- WOLF, André Christian/Zimmer, Annette (2012): «Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven», Wiesbaden.

# Bürgerschaftliches Engagement und Pflege

## Selbsthilfegruppen, Besuchsdienste, ambulante Hospize

Seit Jahrzehnten hat sich für verschiedene Krankheiten jeweils eine Selbsthilfeszene gebildet, organisiert von einem hauptsächlich ehrenamtlichen Netzwerk, teils bundesweit, teils dezentral. Diese Netzwerke bieten neben Gesprächsgruppen auch Fortbildungen, Gymnastikkurse, Tanztees, betreute Ausflüge und Reisen etc. bis hin zu Lobbyarbeit in den politischen Raum an. Diese Angebote variieren je nach Ausprägung des bürgerschaftlichen Engagements der Region und/oder entsprechender öffentlicher Förderung. Für Menschen, die tatsächlich pflegebedürftig sind, sind sie nur bedingt direkt hilfreich; mehr Entlastung können sie Angehörigen bieten, vor allem, wenn sie pflegebedürftige Menschen zuhause betreuen.

Viele Träger und Vereine haben Besuchsdienste mit ehrenamtlichen Freiwilligen entwickelt, die ca. einmal wöchentlich pflegebedürftige Menschen zuhause oder in der jeweiligen Einrichtung oder Pflege-WG besuchen. Neben traditionellen Trägern wie der Diakonie usw. sind inzwischen auch zielgruppenspezifische Angebote der Schwulenberatung (Rosa Salon) oder der Aidshilfen auf diesem Terrain aktiv. Die Schulung dieser Ehrenamtlichen erfolgt in der Regel durch die Träger selbst.

Bei Demenz können seit Einführung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes (damals für bis zu 460 Euro im Jahr) und seit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz (nun für bis zu 200 Euro im Monat) solche Besucherdienste in der ambulanten Pflege als niedrigschwelliges Angebot gebucht werden. Allerdings hat die Einführung von Ein-Euro-Jobs dazu geführt, dass die ehrenamtlichen Strukturen hier zunehmend durch Langzeitarbeitslose ersetzt wurden, da die entsprechenden Beschäftigungsträger diesen Markt des § 45 b SGB XI besetzt haben.

Inzwischen weitet sich im Zuge der Hospizbewegung ein Netz von ambulanten Hospizen aus, d. h. Profis und Ehrenamtliche begleiten Sterbende und Angehörige zuhause oder in Einrichtungen oder WGs, ohne dass die Betroffenen in ein Hospiz umziehen müssen.

All diese Angebote setzen ein Mindestmaß an Professionalität durch Hauptamtliche voraus: zur Akquise, Begleitung, Schulung, Betreuung, Supervision und Organisation von Gruppen und ehrenamtlichen Besucherinnen und Besuchern.

## Die Pflege-Wohngemeinschaft

Seit ca. 15 Jahren gibt es eine Alternative zur Pflege zuhause durch Angehörige oder zum Pflegeheim: Die Pflege-WG. Anders als bei der Gründung von Wohngruppen für psychisch erkrankte Menschen im Zuge der Enthospitalisierung sind bei Pflege-WGs im Idealmodell die Anbieter von Wohnraum und Pflege bzw. Betreuung getrennt und folglich Miete und Pflege in unabhängigen Verträgen geregelt. Die ersten WGs entstanden für Menschen mit Demenz, da diese in der Regel eine 24-Stunden-Betreuung benötigen. Es begann damit, dass Angehörige für ihre erkrankten Verwandten eine Wohnung anmieteten und einen ambulanten Pflegedienst für die Pflege und Betreuung rund um die Uhr engagierten. Dort, wo diese Wohn- und Pflegeform durch den Sozialhilfeträger anerkannt wurde, konnte sich dieses Modell schnell entwickeln, insbesondere in Berlin.

Da der Pflegedienst in der WG nur Gast ist und nicht Hausherr, wie im Pflegeheim, setzt dieses Wohnmodell ein hohes Maß an Engagement der Angehörigen und gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer voraus, denn sie sollen die Alltagsgestaltung bestimmen und sind auch komplett für die Einrichtung der WG, für Anschaffungen und Versicherungen bis hin zum Speiseplan verantwortlich. Das Modell sieht die Einbindung des Freundeskreises, der Nachbarschaft und von Ehrenamtlichen auch über niedrigschwellige Angebote (s.o.) vor.

Während es in den meisten Bundesländern bisher nur jeweils eine Handvoll bzw. zehn bis zwanzig WGs gibt, hat sich in Berlin im Zuge der Pauschalisierung von zwei Tagessätzen (einen für Pflege und einen für Betreuung, zusammen knapp 100 Euro) vor fünf Jahren der Markt explosiv entwickelt, so dass es mittlerweile ca. 400 WGs mit jeweils 3 bis 16 Bewohnerinnen und Bewohnern gibt.

Leider wurde die Pauschalisierung der Tagessätze zwischen Senat, Pflegediensten und Pflegekassen nicht mit einer Mindestqualität des Personaleinsatzes verbunden, so dass eine riesige Gewinnspanne für die Pflegedienste entstand, wenn sie beispielsweise eine Tagesschicht für acht Bewohnerinnen und Bewohner mit nur einer Person besetzen und/oder in einem Haus mehrere WGs mit einer Nachtwache gleichzeitig betreuen lassen.

Noch bevor diese Entwicklung absehbar war, wurde 2001 in Berlin – durchaus auf Wunsch des Senats – zur Erarbeitung und Sicherung von Qualitätskriterien der Verein Selbstbestimmtes Wohnen im Alter (SWA) gegründet. Der Verein entwickelte Qualitätskriterien, auf die sich die Wohngemeinschaften bzw. die Pflegedienste selbst verpflichten können. Mit dieser Selbstverpflichtung werben die Pflegedienste. Angehörige und gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer bekommen die Qualitätsbroschüre ausgehändigt und können sich beim SWA beschweren, wenn in der selbstverpflichteten WG gegen diese Kriterien verstoßen wird. Zur Klärung kann eine Schlichtungsstelle aus Vertreterinnen und Vertretern von SWA, Alzheimergesellschaft

und einer Angehörigenberatungsstelle (Besitz) angerufen werden. Von den ca. 400 WGs haben 100 die Selbstverpflichtung unterschrieben.

## **Das WG-Konzept droht zu scheitern**

Inzwischen stößt diese ehrenamtliche Qualitätskontrolle längst an ihre Grenzen. Dies hat viele Gründe. Im SWA engagieren sich fast nur noch Pflegedienste, es fehlen aktive Angehörige oder sonstige unabhängige Ehrenamtliche, die sich am Qualitätserhalt beteiligen. Schlimmer noch: Das Konzept der selbstverwalteten WG steht vor dem Scheitern. In der Praxis gibt es in den WGs viel zu wenige aktive Angehörige, die ein Gegengewicht zum Rund-um-die-Uhr anwesenden Pflegedienst bilden könnten.

Laut einer Umfrage, an der sich 50 der selbstverpflichteten WGs beteiligten, werden 50 Prozent der WG-Bewohner von gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern betreut (diese haben in der Regel 50 und mehr Klientinnen und Klienten; sie kennen die WGs kaum). 50 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner bekommen nie oder selten Besuch. Nur 37 Prozent werden wöchentlich besucht. Angehörigentreffen fanden nur in 21 Prozent der WGs öfter als halbjährlich statt. An solchen Treffen nehmen meistens nur ein bis zwei Angehörige teil. Aus Beratungsgesprächen wissen wir, dass viele Angehörige und noch mehr gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer das Konzept der geteilten Verantwortung, auf dem die Idee der Pflege-WG beruht, gar nicht kennen, sondern glauben, es handle sich um eine Einrichtung. Entsprechend nehmen sie ihre Rolle nicht wahr.

Die Potenziale des nachbarschaftlichen Engagements, wie ursprünglich vorgesehen, werden fast nirgendwo genutzt. Verbunden mit dem kommerziellen Interesse einiger Pflegedienste, die häufig in direkter wirtschaftlicher Verbindung zum Vermieter stehen, bleibt die Qualität der Pflege und Betreuung zunehmend auf der Strecke. Davon sind auch gemeinnützige Träger nicht ausgenommen.

## **Modellprojekte zur Stärkung der Angehörigen**

Aus diesem Befund heraus werden derzeit im Rahmen des § 45 c SGB XI verschiedene Modelle zur Belebung des Engagements der Angehörigen erprobt. Der SWA hat ein Patenprojekt entwickelt. Derzeit gehen 13 ehrenamtliche Patinnen und Paten in WGs und schließen nach einer Hospitationsphase einen Vertrag mit einem/r Angehörigen oder gesetzlichen Betreuer/in ab und besuchen die Bewohnerin oder den Bewohner regelmäßig. Ziel ist die Vertretung der Angehörigen oder gesetzlichen Betreuer bei den Angehörigentreffen. Gibt es keine Treffen, sollen sie dazu anregen.

Das Patenkonzept hat sich als sehr aufwendig erwiesen. Schulung, Eingewöhnung in die WG und Vertrauensaufbau zwischen Paten, Bewohnern, Angehörigen und Pflegedienst benötigen sehr viel Zeit und professionelle Begleitung bis ein direkter Effekt innerhalb der WG erzielt wird.

Die Nebeneffekte dagegen sind vielversprechend. Angehörige und Pflegedienste laden die Hauptamtlichen des Patenprojekts zu Schulungen und Vorträgen über ihre Rolle ein. Angehörige treffen sich, um über ihre Rolle und den Alltag in WGs zu

diskutieren. In einer AG «WG-Qualität» haben Angehörige und Paten Merkblätter mit Empfehlungen für Angehörige entwickelt. Gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer sowie deren Vereine bzw. Verbände laden die Mitarbeitenden des Patenprojekts zu Schulungen und Vorträgen ein.

Ein erfolgreicher Ansatz wird in anderen Bundesländern erprobt: Ehrenamtliche werden für die Moderation und Qualifizierung der Angehörigentreffen geschult und in WGs eingesetzt. Dies hat einen schnelleren Effekt. Die Ehrenamtlichen ersetzen nicht die Angehörigen, sondern stärken ihnen durch die Moderation den Rücken gegen den professionellen Pflegedienst. Sie arbeiten darauf hin, dass sich die Angehörigen gemeinschaftlich organisieren, am besten mit einer vertraglichen oder vertragsähnlichen Vereinbarung.

## Rechtliche Lage

Nach Übertragung des «Heimrechts» auf die Länder entstehen gerade unterschiedliche Landesgesetze zur Ablösung des alten Heimgesetzes. In vielen dieser Gesetze unterliegen die Pflege-WGs nicht dem Ordnungsrecht (Begründung: Es handelt sich um eine Privatwohnung, also um rein ambulante Pflege). Anders in Berlin, hier kann zukünftig aufgrund der beschriebenen Erfahrung ordnungsrechtlich auch bei Pflegediensten, die in WGs Pflege anbieten, bei Mängeln eingegriffen werden.

## Fazit

Innovative Wohn- und Pflegeformen bieten nur dann tatsächlich die Gewähr für eine bessere Pflege und Betreuung wenn

- a) die Finanzierung an Qualitätsbedingungen (Personaleinsatz!) geknüpft ist,
- b) Engagement von Angehörigen, gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern, oder Dritten, insbesondere Ehrenamtlichen garantiert ist,
- c) zur Unterstützung solcher ehrenamtlichen Strukturen ein professionelles Netzwerk aus Hauptamtlichen besteht (die Pflegestützpunkte sind das noch nicht!),
- d) vor allem dort, wo b) nicht gewährt ist, ordnungsrechtliche Eingriffe zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner möglich sind.

## Schlussbemerkungen

In den vielen Projekten von Mehrgenerationenhäusern, zielgruppenspezifischem Altenwohnen (z. B. für Lesben oder Schwule), Alten-WGs etc. wird häufig das Thema «Pflege» völlig ausgeblendet. Es wird spannend, wie sich das ändern wird, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner älter werden und in diesen Modellprojekten mehrheitlich Pflegefälle wohnen werden.

Für die heutige Generation der 40- bis 60-Jährigen wird es jenseits der beschriebenen Ansätze noch viel mehr darauf ankommen, frühzeitig Netzwerke im privaten Kreis zu bilden, um sich gegenseitig im Alter und im Pflegefall zu unterstützen. Die

Wahlfamilie muss an die Stelle der traditionellen Familie treten, da alle alternativen Strukturen freiwilliges Engagement für ihr Gelingen voraussetzen.

Bei allen beschriebenen Entwicklungen spielen Migrantinnen und Migranten bisher so gut wie gar keine Rolle. Dies zu ändern, wird noch eine große Herausforderung sein.

# Politische Bildung für mehr Engagement gegen Rechtsextremismus

Politische Bildung schafft demokratisches Bewusstsein und fördert Engagement. Dies gilt in besonderer Weise für den Kampf gegen Rechtsextremismus, der in unserer Gesellschaft auf allen Ebenen verstärkt werden muss. Rechtsextremes Gedankengut ist nicht nur ein Problem «extremer Ränder». Es durchdringt die gesamte Gesellschaft und kommt meist durch rechtspopulistische Ressentiments zum Ausdruck. Wir brauchen eine Gesamtstrategie gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ein unverzichtbarer Bestandteil der Prävention ist dabei die Demokratiebildung aller Generationen, wie sie besonders von der überparteilichen Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit vielen Trägern vor Ort betrieben wird. Deshalb wendet sich die grüne Bundestagsfraktion entschieden gegen die unverantwortlichen Kürzungen bei dieser wichtigen Institution mit ihren dringend notwendigen Bildungsangeboten zur Demokratieförderung.

## Massive Kürzungen gefährden Strukturen vor Ort

Die schwarz-gelbe Koalition hat beschlossen, den Etat der Bundeszentrale von 2010 auf 2012 um 21 Prozent zu kürzen. Das sind 3,5 Millionen Euro weniger für dringend notwendige Bildungsangebote vor Ort. Betroffen von den Kürzungen sind bundesweit rund 430 Träger politischer Bildung, die überparteilich wertvolle politische und demokratische Bildungsarbeit fördern. Diese massive Kürzung politischer Bildung ist angesichts der rechtsterroristischen Mordserie und zunehmender Gewaltakte aufgrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit noch unanständiger als ohnehin. Wir müssen die bundesweite zivilgesellschaftliche Infrastruktur und die wertvolle Arbeit der lokalen Träger politischer Bildung stärken statt schwächen. Es ist eine Frage des politischen Willens, ob Haushaltskürzungen zurückgenommen werden.

## Politische Bildung begünstigt bürgerschaftliches Engagement

Wer Rechtsextremismus den Nährboden entziehen will, muss auch die politische Bildung systematisch stärken. Politische Bildung aller Generationen ist eine wichtige Zukunftsvorsorge für unsere Demokratie. Alle Erfahrungen und Studien zeigen, wie gut sie wirkt, um Menschen über den demokratischen Prozess zu informieren und

sie zu aktivieren, am Gemeinwesen und am demokratischen Handeln teilzuhaben. Sie trägt ebenso dazu bei, gesellschaftliche Vielfalt als Chance wertzuschätzen und gesellschaftspolitische Zusammenhänge zu reflektieren. Politische Bildung begünstigt damit nachhaltig bürgerschaftliches Engagement.

## **Demokratiebildung als Prävention gegen Rechts**

Es braucht einen Ausbau sämtlicher präventiver Mittel, um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit offensiv zu bekämpfen. Aus diesem Grund ist eine stärkere Demokratieerziehung in Kita, Schule, Universität, Berufsschulen, aber auch in der Erwachsenenbildung vonnöten. Demokratieerziehung muss obligatorischer Bestandteil des Curriculums aller pädagogischen Ausbildungen werden. Fachkräfte müssen lernen, Kinder und Jugendliche für demokratische Politik und Mitwirkung in der pluralistischen Gesellschaft zu begeistern und zu befähigen. Wir müssen von der Kindheit bis ins Alter für Werte wie Toleranz, Weltoffenheit und Gewaltfreiheit aktiv werben.

## **Engagement unterstützen statt behindern**

Die schwarz-gelbe Koalition hat die Arbeit gegen Rechtsextremismus vielfach behindert, anstatt entsprechende Initiativen zu unterstützen und ihr wichtiges Engagement zu würdigen. Neben bürokratischen Hemmnissen erfahren sie von der zuständigen Bundesministerin Schröder Misstrauen, Gängelung und Behinderung. Wir Grüne setzen dagegen auf eine stabile finanzielle Grundlage für die zivilgesellschaftlichen Projekte gegen Rechtsextremismus. Wir fordern die Rücknahme der absurden «Extremismusklausel». Dieses von der schwarz-gelben Bundesregierung verlangte gesonderte Bekenntnis zum Grundgesetz stellt Demokratie-Initiativen unter Generalverdacht und sät ein Klima des Misstrauens. Auch wollen wir die Beseitigung weiterer bürokratischer Hemmnisse, indem die Co-Finanzierung für Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, deutlich reduziert wird. Dies nützt besonders den vielen kleinen, vielfach ehrenamtlichen Trägern, die sonst oft von der Förderung ausgeschlossen bleiben.

Es gibt also großen Verbesserungsbedarf beim Kampf gegen Rechtsextremismus, bei der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Sicherung der politischen Bildung. Die Wertschätzung und Förderung dieses Engagements ist aller Mühen wert, damit in unserer Gesellschaft subtile wie offene Ausgrenzung und Gewalt gegen benachteiligte Gruppen sowie vermeintliche Minderheiten keine Chance mehr haben.

# Bürgerstiftungen und Kommunen

## Auf dem Weg zu einer konstruktiven Zusammenarbeit

Bürgerstiftungen lösen kurzfristig keine finanziellen Probleme der Kommunen. Sie können aber das finanzielle Fundament bilden, auf dem Bürgerinnen und Bürger mittelfristig mehr Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen können. Sie können darüber hinaus Vorbild sein, wie Bürgerinnen und Bürger künftig mehr Verantwortung übernehmen können.

Seit den 1990er Jahren haben sich Bürgerstiftungen zu einem globalen Phänomen entwickelt. Auch in Deutschland haben Idee und Konzept der Bürgerstiftung Fuß gefasst und verzeichnen eine dynamische Entwicklung (Hellmann u.a. 2011, Nährlich u.a. 2006). Heute engagieren sich bundesweit mehr als 300 Bürgerstiftungen für Jugend, Bildung, Kultur oder Umwelt in ihrer Stadt oder Region. Im Unterschied zur herkömmlichen Stiftung, die von einem Stifter gegründet wird und mit den Erträgen aus dem Stiftungskapital arbeitet, bauen in diesen Stiftungen «von Bürgern für Bürger» Privatpersonen, Unternehmen und andere gemeinsam durch viele Zustiftungen das Stiftungskapital auf. Für Bürgerstiftungen engagieren sich nicht allein «Geldstifter», sondern auch «Zeit- und Ideenstifter». Denn Bürgerstiftungen bilden ideale Möglichkeiten, sich miteinander für das lokale Gemeinwohl zu engagieren.

Die positive Entwicklung der Bürgerstiftungen und ihre hohe Achtung bei Stiftern und in der Öffentlichkeit haben ihre Gründe. Anders als bei Vereinen ist es das Wesensmerkmal von Stiftungen, eigenes Vermögen zu bilden und zu bewahren (Hellmann 2005). Der Grundgedanke einer Bürgerstiftung liegt darin, dass sich Privatpersonen, mittelständische Unternehmen und örtliche Vereine gemeinsam für das Gemeinwohl engagieren, und zwar dort, wo man lebt, arbeitet oder Geschäfte macht: in einer Stadt oder einer Gemeinde, einem Kreis oder einer Region. Die Anreize lokalen Engagements liegen auf der Hand. Die meisten Menschen sind eher bereit, sich finanziell oder ehrenamtlich zu engagieren, wenn damit Probleme vor der eigenen Haustür gelöst werden. Auch Unternehmen engagieren sich bevorzugt, wenn dadurch ihr Standort attraktiver wird.

Die Vorteile gemeinsamen Engagements sind ebenfalls schlüssig nachzuvollziehen. Vorhandene Kräfte werden gebündelt, Synergieeffekte realisiert und bislang noch nicht erreichte Potenziale können durch die neuen Möglichkeiten der Bürger-

stiftung angesprochen werden. Durch die Erträge aus dem langfristig aufzubauenden Vermögen wird die Bürgerstiftung unabhängiger von wechselnder Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, aber auch von öffentlichen Zuwendungen der Stadtverwaltungen oder Landkreise.

Bürgerstiftungen sind jedoch vor allem deshalb interessant, weil sie eine institutionelle Innovation in der Organisationslandschaft der Bürgergesellschaft in Deutschland darstellen (Nährlich 2007). Zwar gilt aufgrund des Fehlens einer gesetzlichen Definition jede Stiftung als Trägerin einer verselbständigten Vermögensmasse und unterscheidet sich von einem Verein dadurch, dass sie in ihren Grundzügen nicht einem ständigen demokratischen Willensbildungsprozess ihrer Mitglieder unterworfen ist, sondern den bei Gründung wiedergegebenen Stifterwillen nachhaltig zu erfüllen hat. Doch hat die Bürgerstiftung erstmals systematisch und konzeptionell die Stiftungsidee um assoziative Elemente ergänzt. Seine Umsetzung findet dies institutionell in Form der Stifterversammlung bzw. des Stifterrates, des Freundeskreises oder auch des Kuratoriums. Die Bezeichnung einer Bürgerstiftung als Stiftung «von Bürgern für Bürger» bringt dies gut zum Ausdruck. Neben der finanziellen Unterstützung engagieren sich Privatpersonen und Unternehmen ebenso durch Sach- und Zeitspenden, durch Fachwissen und Ideen, Kontakte und Beziehungen. Insgesamt bringen sich 12.000 Ehrenamtliche in die Gremien und Projekte der Bürgerstiftungen ein.

## **Starke Bürgerstiftungen – starke Kommunen: 10 Tipps für die erfolgreiche Zusammenarbeit**

In vielen Städten und Gemeinden funktioniert das Miteinander von Bürgerstiftung und Kommune gut. Leider sind aus Sicht der Bürgerstiftungen jedoch immer wieder Vereinnahmungsversuche zu registrieren, wie insbesondere in Baden Württemberg (Nährlich 2004, 2006). Die Gründung der Bürgerstiftung Ulm im Jahr 1997, deren Vorstand aus dem Oberbürgermeister und je einem Vertreter der Fraktionen des Ulmer Gemeinderats besteht, oder das 2006 von kommunalen Spitzenverbänden propagierte Modell der «Kommunalen Bürgerstiftung» haben zu Misstrauen geführt. Lokalpolitiker oder Mitarbeiter der Kommunalverwaltung, die das Thema Bürgerstiftung vor Ort aufgreifen, sollten sich dieser Problematik bewusst sein und sensibel damit umgehen. Die folgenden Hinweise können helfen, typische Probleme zu vermeiden.

### **1. Was Kommunen nicht tun sollten:**

- 1.1 *Als Kommune eine Bürgerstiftung gründen, mit Ratsmitgliedern die Gremien besetzen und die Bürger um Zustiftungen bitten.* Das widerspricht der Idee und den Merkmalen einer Bürgerstiftung, bringt kaum Zustiftungen und ist eine Steilvorlage für alle Kritiker.

Stattdessen: Die Idee einer Bürgerstiftung öffentlich begrüßen, sich aber nicht als Initiator oder Motivator in die Pflicht nehmen lassen. Die Botschaft: Unterstützen ja, anschieben nein.

- 1.2 *Im Stadt- oder Gemeinderat die Gründung einer Bürgerstiftung beschließen.* Da die Gründung einer Bürgerstiftung keine Angelegenheit des Rates ist, gibt es für ihn auch nichts zu beschließen. Im schlimmsten Fall wird die gute Absicht «politisiert» und im Streit der Fraktionen und Parteien beschädigt.

Stattdessen: Die Idee einer Bürgerstiftung öffentlich begrüßen und zu einer Angelegenheit der Bürger und Unternehmen erklären.

- 1.3 *Sich in den Vorstand einer Bürgerstiftung berufen oder sich zum Vorsitzenden eines Organs wählen lassen.* Das weckt Erwartungen, die nicht erfüllt werden können (Geld für die Bürgerstiftung) und programmiert bei klammen kommunalen Haushalten Interessenkonflikte vor (Förderung durch die Bürgerstiftung anstelle der Kommune).

Stattdessen: Andere Funktionen bei der Bürgerstiftung annehmen, wie z.B. als Schirmherr, Kuratoriumsmitglied oder im Freundeskreis aktiv werden.

- 1.4 *Als Verwaltung oder Lokalpolitiker die Bürgerstiftung ignorieren.* Die Arbeit der Bürgerstiftung hat immer Auswirkungen in der und auf die Kommune, z.B. bei Fragen der Finanzierung oder Folgefinanzierung von Vorhaben.

Stattdessen: Einen guten Draht zur Bürgerstiftung pflegen und eine aufgaben- und arbeitsteilige Zusammenarbeit suchen.

- 1.5 *Die Bürgerstiftung von der Stadt oder Gemeinde mitverwalten lassen.* Wenn die Adresse des Rathauses auch die der Bürgerstiftung wird, erweckt, was vielleicht großzügig gemeint war, nach außen einen falschen Eindruck.

Stattdessen: Kontakte nutzen, um der Bürgerstiftung leerstehende Büro- oder Gewerbeimmobilien für eine Zwischennutzung zur Verfügung zu stellen.

## **2. Was Kommunen tun sollten:**

- 2.1 *Beteiligen Sie sich als Gründungstifter oder Zustifter an einer Bürgerstiftung.* Neben Geld können auch Immobilien, Wertpapiere, Unternehmensbeteiligungen oder sonstige Vermögensgegenstände eingebracht werden.

- 2.2 *Einen Matching Fund auflegen, aus dem alle Zustiftungen an die Bürgerstiftung verdoppelt werden.* Dies ist nicht nur ein Anreiz für weitere Zustifter, sondern zugleich ein Signal, dass öffentliche Gelder nur zu erwarten sind, wenn sich auch die private Seite engagiert. Der Fonds kann in der Höhe und in der Laufzeit begrenzt sein.

- 2.3 *Stiftungen durch die Bürgerstiftung verwalten lassen und potenzielle Stifter an die Bürgerstiftung verweisen.* Verwaltungen müssen nicht mehr selbst Treuhandstiftungen für Bürger errichten und verwalten. Wer dies frühzeitig von der Bürgerstiftung machen lässt, spart Kosten und Aufwand.
- 2.4 *Engagementförderung und Koordinierung durch die Bürgerstiftung betreiben lassen.* Kommunen fördern vielfach sogenannte engagementunterstützende Einrichtungen und Maßnahmen. Für privates Engagement kann die Bürgerstiftung ein wichtiger Koordinator und Ansprechpartner für die Kommune sein.
- 2.5 *Kenntnisse und Kompetenzen der Bürgerstiftung nutzen.* Bürgerstiftungen verfügen häufig über gute Netzwerke und Kontakte, sie haben Zugang zu verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagement.

Mehr Informationen: [www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungsfinder](http://www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungsfinder)

## LITERATUR

- AKTIVE BÜRGERSCHAFT (2011): «Bürgerstiftungen: mitStiften! Mit Geld, Zeit, Ideen. Tipps für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Banken, Vereine, Kirchen und Kommunen», Berlin.
- HELLMANN, Bernadette/Wannow, Bodo/Grabsch, Andreas/Nährlich, Stefan (2011): «Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2011» (Hrsg.) *Aktive Bürgerschaft*, Berlin.
- HELLMANN, Bernadette (2005): «Stiftungen. Helfer der Eigenkapitalstärkung», in: *SOZIALwirtschaft. Zeitschrift für Sozialmanagement*, Heft 6, S. 26-28.
- NÄHRlich, Stefan (2007): «Bürgerstiftungen: Temporäre Beschaulichkeit um einen innovativen Kern», in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, Heft 2, S. 48-52.
- NÄHRlich, Stefan (2006): «Bürgerstiftungen als Akteure von »Regional Governance«», in: Ralf Kleinfeld/Plamper, Harald/Huber, Andreas (Hrsg.): *Regional Governance Band 2. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens*, Göttingen, V&R unipress, S. 143-152.
- NÄHRlich, Stefan/Strachwitz, Rupert/Hinterhuber, Eva Maria/Müller, Karin (2006): «Bürgerstiftungen in Deutschland - Bilanz und Perspektiven», Wiesbaden, VS-Verlag. Reihe *Bürgergesellschaft und Demokratie*.
- NÄHRlich, Stefan (2004): «Bürgerstiftungen braucht das Land», in: *Die Gemeinde*, Verbandszeitschrift des Gemeindetages Baden-Württemberg, Heft 23/2004, S. 934-935.

# Transparenz und Zivilgesellschaft

## Transparenz – ein neues Thema

Transparenz ist in westlichen Gesellschaften zu einem grundlegenden Wert des gesellschaftlichen und politischen Selbstverständnisses geworden. Ohne ein Mindestmaß an Transparenz könnten solche Gesellschaften nicht funktionieren. Dies betrifft alle Bereiche: die Politik, die Ökonomie, den privaten Bereich und ganz besonders die Zivilgesellschaft. Die Gründung von verschiedenen Initiativen wie Transparency International zeigt, dass die Bedeutung des Themas wächst.

Transparenz ist vor allem mit Demokratie und Öffentlichkeit verbunden. Eine Errungenschaft westlicher Gesellschaften ist es, dass der politische Prozess transparent, d.h. möglichst frei von Korruption ist und zugänglich für politische Teilnahme. Auch muss die Öffentlichkeit das Zustandekommen von politischen Entscheidungen nachvollziehen können. Zentrales Kriterium von Transparenz ist dabei, dass Machtpositionen erkennbar und auch kritisierbar sind. Demokratie ohne ein Mindestmaß an Transparenz ist nicht vorstellbar, und Demokratien müssen immer wieder Anläufe unternehmen, um Transparenz herzustellen. Auch ein Phänomen wie der Erfolg der Piratenpartei hängt mit dem steigenden Wert des «moralischen» Interesses an Transparenz zusammen.

## Transparenz für zivilgesellschaftliche Organisationen

Nonprofit-Organisationen blieben bislang von einer einheitlichen und umfassenden Regelung zur Offenlegung verschont. Ein transparentes Verhalten von Organisationen wird dennoch immer dringender. Die Forderung nach Transparenz wird an Unternehmen, an politische Institutionen und an Organisationen des Nonprofit-Bereichs gerichtet. Während im öffentlichen Bereich (Staat und Verwaltung) und in Unternehmen inzwischen detaillierte Regelwerke bestehen, wurden Nonprofit-Organisationen bislang von einer weitergehenden Regulierung der Offenlegung ausgespart. Doch gerade dort ist Transparenz von besonderer Bedeutung, weil die Organisationen – über den normalen Standard hinaus – selbstgewählten zivilgesellschaftlichen Verpflichtungen unterliegen.

Mit der wachsenden Bedeutung des Themas haben sich zahlreiche Organisationen gegründet, die zur Einhaltung und Weiterentwicklung von Standards beitragen wollen. Sie sind Teil der sich wandelnden politischen Kultur und der ethisch-morali-

schen Debatten in Politik und Ökonomie. Für Unternehmen hat die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex Verhaltensstandards für Unternehmensführung und Überwachung entwickelt. Die Medienunternehmen, Journalisten- und PR-Organisationen haben Institutionen gegründet und Regelwerke entwickelt, mit denen überprüft werden soll, inwieweit selbstgesetzte Regeln und Standards eingehalten werden. In der Welt der zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt es eine wachsende Zahl von Transparenzinitiativen, die Ausdruck des Problems und der wachsenden Forderung nach mehr Transparenz sind. Allerdings beziehen sich diese Transparenzinitiativen hauptsächlich auf den Spendenmarkt und auf spendensammelnde Organisationen. Das Problem mangelnder Transparenz von Nonprofit-Organisationen ist aber größer und betrifft nicht nur die Akquise und die Verwendung von Spenden. Es berührt das generelle Verhalten von zivilgesellschaftlichen Organisationen und reicht von der Vertretung der eigenen Interessen bis hin zur Führung der Organisation.

## **Transparenz, politisch und ökonomisch**

Transparenz hat mehrere Facetten. Die Skandale in den letzten Monaten (Berliner Treberhilfe) offenbaren eine politische und wirtschaftliche Dimension von Transparenz. Auf der politischen Ebene geht es um zivilgesellschaftliche Werte wie Legitimation, Verantwortlichkeit, Gemeinwohlorientierung, Beteiligung, Nachvollziehbarkeit, Zurechenbarkeit etc. Transparenz ist hier selbst ein grundlegender Wert, weil mit ihm das Funktionieren von Öffentlichkeit und Demokratie gesichert werden soll. Als politischer Wert hat Transparenz für zivilgesellschaftliche Organisationen Bedeutung, weil mit ihm gewährleistet werden soll, dass sich politisches und zivilgesellschaftliches Handeln öffentlich vollzieht. Öffentlichkeit ist daher für die politische Dimension von Transparenz ein zentraler Referenzwert.

Ökonomische Transparenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist mit politischer Transparenz verbunden, hat aber einen eigenen Wert und inzwischen eine eigenständige Dimension des Handelns erreicht. Da viele zivilgesellschaftliche Organisationen auch ökonomisch tätig sind, ist es für die Stakeholder von besonderer Bedeutung, dass deren ökonomisches Handeln nachvollziehbar ist und rechtlichen Normen folgt. Transparenz in ökonomischer Hinsicht bedeutet, den Umgang mit Fördermitteln, Zuwendungen, Spendengeldern, Steuervergünstigungen nachvollziehbar zu machen. Sie beinhaltet auch, dass zivilgesellschaftliche Organisationen den Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten des Handelsrechts nachkommen. Vielfach wird gefordert, dass Jahresabschlüsse von Kapitalgesellschaften nicht nur beim Handelsregister einzureichen, sondern auch direkt auf der Website der Organisation zu veröffentlichen sind. Eine ähnliche Überlegung betrifft die Rechenschaftsberichte von Vereinen und Stiftungen. Die Offenlegung von Finanzdaten folgt bereits heute einer Einteilung nach Größenklassen von Kapitalgesellschaften und soll für kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen keine unerfüllbaren Ansprüche aufbauen. Das Handelsgesetzbuch könnte auf gemeinnützige Organisationen Anwen-

dung finden und diese in dieser Hinsicht mit gewerblichen Organisationen gleichstellen.

Ein weiterer Aspekt von Transparenz betrifft das normen- und gesetzeskonforme Verhalten von zivilgesellschaftlichen Organisationen. In der CSR-Diskussion wird dieser Aspekt von Compliance immer wichtiger und betrifft z.B. den Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Einhaltung von Tarifverträgen und Arbeitsschutzbestimmungen, die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit, Methoden und Art der Interessenvertretung etc.

## **Transparenz nach innen und außen**

Transparenz erscheint in der Regel in Form von Forderungen, die von externen Anspruchsgruppen erhoben werden. Dies ist zum großen Teil auch berechtigt, doch aus der Perspektive von Nonprofit-Organisationen bedeutet dies, dass diese Forderungen zunächst mit «Kosten» verbunden sind: ein höherer Aufwand, bessere Kommunikation, umfangreiche Beschaffung von Daten, Prüfung von Verfahren und Daten etc. Es gibt allerdings auch eine andere Perspektive, in der das Thema Transparenz auch mit Gewinnen verbunden werden kann. In diesem Blickwinkel wird Transparenz vor allem aus der Innenperspektive der Organisation betrachtet und mit einer besseren Performance der Organisation verbunden. Transparenz nach innen hat das Ziel, zu besseren Leistungen der Nonprofit-Organisation zu gelangen. Gefordert ist damit etwa eine standardisierte Buchführung, die zu nachvollziehbaren Bewertungsverfahren und insgesamt zu einer wirksamen Selbststeuerung hinsichtlich der Mittelverwendung, einem effizienten Einsatz von Ressourcen und einer nachhaltigen Personalentwicklung führt. Nachvollziehbare Transparenzkriterien sollen auch zu einer besseren Leistungserstellung von Nonprofit-Organisationen beitragen, wodurch sowohl Nutzen als auch Qualität der Leistungen verbessert werden sollen. Eine bessere Gesamtleistung und vertrauensbildende Qualitätssicherung gegenüber externen wie internen Stakeholdern kann durch ein effektives Qualitätsmanagement erreicht werden sowie dadurch, dass die Organisation die eigenen Strukturen offenlegt und auch die eigenen Leistungen mit nachvollziehbaren Kriterien evaluiert.

Transparenz nach innen betrifft vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Nonprofit-Organisation, Ehrenamtliche wie Hauptamtliche. Sie haben einen Anspruch darauf, dass Zielvorgaben kommuniziert werden und die Beurteilung der Leistung regelmäßig und nachvollziehbar erfolgt. Durch eine transparente Struktur können Konfliktpotenziale niedrig gehalten und Konflikte bearbeitet und entschärft werden. Durch größere interne Transparenz kann auch die Belegschaft besser zum Erfolg der Nonprofit-Organisation beitragen.

## **Was ist zu tun?**

In der Diskussion um Transparenz und Governance von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind zwei Richtungen vorherrschend. Zum einen wird eine Lösung des Problems mit den Mitteln der Selbstverpflichtung und der Selbstregulierung

vorgeschlagen. Dieser Weg wird überwiegend von den Organisationen und ihren Verbänden diskutiert. Er ist zudem von den lange Zeit vorherrschenden korporatistischen Politikmustern in Deutschland geprägt. Allerdings haben die in den vergangenen Jahren entstandenen freiwilligen Selbstverpflichtungen und Transparenzinitiativen auch zu mehr Differenzen und Meinungsverschiedenheiten geführt und konnten den wachsenden Forderungen nach Transparenz nicht wirklich überzeugend genügen.

Auf der anderen Seite existieren eine Reihe von gesetzlichen Regulierungen, mit denen das Verhalten von Nonprofit-Organisationen normiert wird. Sie betreffen ganz unterschiedliche Bereiche des Handelns von Nonprofit-Organisationen, führen aber nicht zwingend zu einer Transparenzpflicht. Es ist daher notwendig, im Vereins-, Stiftungs- und Spendenrecht Änderungen vorzunehmen. Ihr Ziel muss es sein, dass zivilgesellschaftliche Organisationen stärker Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Dies beginnt bei einer einheitlichen und qualifizierten Rechnungslegung und führt zu einer abgestuften Transparenzpflicht bei der Herkunft und Verwendung der Mittel. Darüber hinaus müssen diese Organisationen auch Auskunft darüber geben, in welchen weiteren Gremien die Personen in den Leitungspositionen tätig sind.

Insgesamt zeigt die Diskussion der letzten Jahre, dass freiwillige Transparenzverpflichtungen keine Lösungen für die neuen Anforderungen an zivilgesellschaftliche Organisationen sind. Dies haben auch der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Phineo AG – eine gemeinnützige Gesellschaft zur Bewertung von zivilgesellschaftlichen Organisationen – begriffen. Sie fordern eine gesetzliche Transparenzpflicht.

# Die Bürgerregierung in Baden-Württemberg

## Auf dem Weg zu einer neuen politischen Kultur

Mit dem Vorhaben einer «Politik des Gehörtwerdens» hat die grün-rote Landesregierung die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen als ein Kernelement ihres Handelns definiert – und zugleich den Anspruch formuliert, Baden-Württemberg als international wahrnehmbaren Akteur der Weiterentwicklung des Beteiligungsdiskurses zu positionieren.

Wird damit der Weg zu einer lebendigen, zeitgemäßen Kultur der Beteiligung beschritten, die sich von herkömmlichen Formen der verwaltungsmäßigen Indienstnahme oder des eher «lobbyistischen Mitmischens» einzelner Interessenvertreter unterscheidet? Lassen sich durch neue Beteiligungsformen die Institutionen und Verfahren so umbauen, dass sie zu Mitsprache, Mitarbeit und Mitverantwortung auffordern, als Infrastruktur für weiteres bürgerschaftliches Engagement dienen und so die Ressourcen der Bürgergesellschaft weiter stärken?

In den ersten Monaten standen die Vorbereitung und Durchführung des Volksentscheids S21 im Mittelpunkt und damit die Chance, eine breite öffentliche Diskussion zu eröffnen, nicht nur über das aktuelle Bahnhofprojekt, sondern auch über neue Instrumente, die vor jedem formellen Verfahren die Akteure der Zivilgesellschaft einbeziehen und eine neue Beteiligungskultur ermöglichen. Eines der wichtigen nächsten Vorhaben wird der Gesetzgebungsprozess zur Verankerung von mehr direkter Demokratie sein. Darunter fallen die Gesetzgebungsverfahren für einen Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene und die Absenkung des Quorums für Volksabstimmungen. Darüber hinaus sollen die Bürger mehr Rechte durch ein Informationsfreiheitsgesetz erhalten, das vom Sommer 2012 an im Innenministerium erarbeitet wird.

Für die vielfältigen Formen der Beteiligung vor Ort werden Bürgerlotsen in Kommunen, Mediatorinnen und Moderatoren für Bürgerräte etc. aus- und weitergebildet. Inzwischen sind auch die Weichen gestellt für eine «Allianz für Bürgerbeteiligung». Zur Stärkung und besseren Verankerung zivilgesellschaftlicher Beteiligung

ist dieses Netzwerk von Stiftungen, Wirtschaft, Verbänden und kommunalen Spitzenverbänden geplant, das sich zunächst über Best-Practice-Erfahrungen verständigen wird.

So sind bisher wichtige Voraussetzungen geschaffen, neue Partizipationsstrukturen zu entwickeln, vorhandene Netzwerke einzubinden und die Beteiligung der Zivilgesellschaft als Querschnittsaufgabe für alle politischen Vorhaben zu verankern.

Wie Bürgerbeteiligung in einem wichtigen und schwierigen Feld umgesetzt werden kann, lässt sich an der Schulpolitik zeigen. Das Scheitern grüner Reformkonzepte in Hamburg hat deutlich gemacht, welchen Anforderungen staatliches Handeln genügen muss und wie notwendig die Mitnahme aller an Schulentwicklung interessierten Akteure ist.

Zunächst wird in Baden-Württemberg der entscheidende Paradigmenwechsel vorgenommen: die Neuorientierung der Schulen in Richtung «Gemeinschaftsschule» wird nicht per Schulgesetz vorgegeben, sondern ermöglicht. Die Politik entwickelt Vorschläge und «Eckpunkte» zur Einrichtung von Gemeinschaftsschulen und sucht Akteure, die bereit sind, diese neuen Wege zu gehen. Schulen und Schulträger können sich bewerben.

Bisher sind 34 Schulen ausgewählt, an der Entwicklung und Umsetzung des neuen Schulmodells mitzuarbeiten und dabei das jeweilige Umfeld, Schulträger, Eltern, Beiräte, die regionale Wirtschaft u.a. zu beteiligen. Das Kultusministerium ist beteiligt, indem Mitglieder der Stabsstelle «Gemeinschaftsschule, Schulmodelle, Inklusion» jeweils vor Ort Gespräche führen und diese als ergebnisoffene Beratung verstehen.

Als ein wichtiges Modell dient die «Offene Bürgerschule» – ein Beispiel dafür, wie die Öffnung der Schule, das Einbeziehen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und die Neuverteilung von Verantwortung zur Stärkung des Gemeinwesens beitragen können. Die «Offene Bürgerschule» versteht sich als Teil eines kommunalen Netzwerks und entwickelt ein Konzept schulischen Lernens, das sich dem Leben und den Bildungsmöglichkeiten im Gemeinwesen öffnet und Bürgerinnen und Bürger für die aktive Mitarbeit gewinnt. Mit wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule Ludwigsburg setzen gegenwärtig sechs Schulträger dieses Modell um.

Die zweite wichtige Baustelle, an der sich Bürgerbeteiligung beweisen soll, ist die Energiewende. Hier wird unter Hochdruck gearbeitet. Am 7. Februar stellten Ministerpräsident Kretschmann und sein Umweltminister Untersteller die Eckpunkte für ein Klimaschutzgesetz vor. Als zweites Bundesland nach Nordrhein-Westfalen bringt Baden-Württemberg nun ein solches Gesetz auf den Weg. «Die erforderlichen weitreichenden strukturellen Veränderungen in unserer Gesellschaft bedürfen einer verlässlichen Planungsgrundlage und wirksamer Umsetzung», heißt es als dessen Zweckbestimmung. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand wird beim Klimaschutz verpflichtend. Die Energiewende soll wasserdicht gemacht werden. Einmal im Parlament beschlossen hätte der Klimaschutz wie der Naturschutz Gesetzesrang. Ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK), das unter «umfassender Beteiligung von Bürgern und Öffentlichkeit entwickelt werden soll», definiert die weiteren Strategien und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung.

Ganze sechs Windkraftwerke wurden 2011 neu installiert, auch für dieses Jahr werden nicht sehr viel mehr erwartet. Das neue Klimaschutzgesetz soll der Entwicklung der erneuerbaren Energien, die noch am Klimaregime und der Blockadepolitik der Vorgängerregierung leidet, zum Durchbruch verhelfen. Dafür wird das Gesetz die rechtlichen Voraussetzungen liefern. Eine engagierte Kooperation der Bürgerinnen und Bürger erhofft sich das Umweltministerium von der Gründung des «Forums Energiewende», einer Plattform für eine stärkere Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden. Mit der langfristig angelegten Kampagne «Energiewende im Dialog» wirbt das Umweltministerium für Akzeptanz. Geplant ist auch, den Kommunen und Bürgern durch eine Studie deutlich zu machen, welche Wertschöpfung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden sein kann.

Doch alles braucht Zeit: Bürgerbeteiligung, das zeigen auch die Erfahrungen der neuen Bürgerregierung, ist aufwendiger als das «Durchregieren». Dass Bürgerbeteiligung eine grundlegende Belebung unserer Demokratie mit sich bringt, ist die eine große Hoffnung, die die Regierung Kretschmann befeuert. Dass sie vernünftige Entscheidungs- und Kompromissfindung für die Durchsetzung der Energiewende vor Ort ermöglicht, die andere Erwartung. Denn eine Lawine von Prozessen, die sich um die Installierung eines jeden Windrads und jeder Überlandleitung entwickelt, würde die Energiewende auf Jahre hinaus blockieren.

Wichtig ist die Einbindung der kommunalen Spitzenverbände. «Wir stehen der Energiewende aufgeschlossen gegenüber, aber wir sind es ja auch, die sie umsetzen müssen», erklärten die Repräsentanten des Städtetages, Gemeindetages und Landkreistages gemeinsam bei der Vorstellung des «Forum Energiewende». Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist die Partnerschaft mit den Kommunen. Mit neuem Selbstbewusstsein fordern diese inzwischen den «Dialog mit dem Umweltministerium auf Augenhöhe».

Die grüne Regierung in Baden-Württemberg muss seit einiger Zeit zur Kenntnis nehmen, dass sie sich des Bündnisses zwischen Klimaschützern und Naturschützern nicht immer sicher sein kann. Auch ihre eigene grüne Basis macht nicht überall mit. Atdorf ist dafür nur ein Beispiel. Das geplante Pumpspeicherkraftwerk im Südschwarzwald werde dringend gebraucht, um die Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie auszugleichen, sagen die Klimaschützer. Das PSW zerstöre unwiederbringlich Teile des Hotzenwaldes, betonen die Naturschützer. Noch ist kein Spatenstich erfolgt.

Gerade wurde ein moderierter Runder Tisch abgeschlossen, bei dem Gegner, Befürworter und Skeptiker in einem langen, anstrengenden Prozess zusammenfanden und alle Aspekte des Projektes durchgingen – die Befürchtungen der Kommunen und ihrer Bürgermeister, dass die lange Bauzeit und der mögliche Lärm Touristen verschrecken und die Reha-Kliniken in die Bredouille bringen könnten; die Hoffnungen einiger Unternehmer, dass sich die Entwicklung positiv auf die Geschäfte auswirken wird; die Unsicherheit der Schluchsee-AG, die Planungssicherheit und die Zustimmung der Bevölkerung für den Bau des Pumpspeicherkraftwerks braucht.

Wenn alles glatt läuft und der Bau bald beginnt, sollte er 2019 fertig werden. Der BUND und einige Grüne plädieren hingegen für ein Moratorium und hoffen auf neue

technologische Entwicklungen, die die Verwirklichung dieses Vorhabens überflüssig machen könnten. Eine andere Rechnung mit der Zukunft.

Der Volksentscheid um S21 ist abgeschlossen, das Thema damit längst nicht beerdigt. In einem geradezu anrührenden Brief an die S21-Gegner appellierte Ministerpräsident Kretschmann, die demokratischen Spielregeln einzuhalten. Leicht resigniert musste er dann feststellen: «Die Gegner haben weiter über die Sache geredet, ich über Demokratie, das hat sich nicht getroffen.» So ist die Situation im Land: offen. Eine offene Baustelle – vielversprechend.



# DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

**Holger Backhaus-Maul** ist Soziologe und Verwaltungswissenschaftler. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

**Ulrike Baureithel** ist freie Journalistin mit Schwerpunkt Soziales in Berlin und seit Frühjahr 2009 Stiftungsrätin in der Bewegungstiftung.

**Thomas Birk** ist direktgewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses zu Berlin für Bündnis 90/Die Grünen und Zweiter Vorsitzender des Vereins Selbstbestimmtes Wohnen im Alter (SWA) e.V.

**Lisa Dittrich** ist Mitarbeiterin im Büro Britta Haßelmann, MdB, mit Schwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement. Sie ist Co-Autorin des Handbuchs «Management von Online-Volunteers», herausgegeben von der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland (fjs e.V.) im März 2011.

**Prof. Adalbert Evers**, Lehrstuhl für vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Universität Giessen, war u.a. Sachverständiger für Bündnis 90/Die Grünen in der Enquete-Kommission «Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements».

**Kai Gehring** ist bildungs- und hochschulpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Mitglied der Grünen Akademie und im Beirat des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung sowie Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung.

**Dr. Bruno Haas** ist seit 2004 Stifter der Bewegungstiftung und war dort in verschiedenen Gremien aktiv. Er ist Autor des Buches «Moralbegründung und Gemeinschaft» (2009) und derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld.

**Bernadette Hellmann** ist Anglistin und Stiftungsmanagerin. Sie forschte am Center on Philanthropy and Civil Society der City University New York zu Bürgerstiftungen. Derzeit verantwortet sie als Projektleiterin den Arbeitsbereich Bürgerstiftungen des Vereins Aktive Bürgerschaft.

**Tobias Kemnitzer** ist Politikwissenschaftler und Historiker sowie Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Berlin.

**Elisabeth Kiderlen** ist Journalistin, Autorin und war Redakteurin von Böll.Thema, dem Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung.

**Helga Metzner** ist Soziologin an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit Berlin und Vorstandsmitglied in der Berliner Freiwilligenagentur «Treffpunkt Hilfsbereitschaft».

**Dr. Stefan Nährlich** ist Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer des Vereins Aktive Bürgerschaft in Berlin. Er lehrt an der Universität Münster im Studiengang «Nonprofit-Management und Governance».

**Janet Newman** ist emeritierte Professorin für Sozialpolitik an der Open University in Milton Keynes, UK.

**PD Dr. Rudolf Speth** ist wissenschaftlicher Autor, Hochschullehrer an der Universität Kassel und u.a. Co-Autor des Engagementberichts des BMFSJ.

**Anne Ulrich** ist Koordinatorin der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung.

**Sybille Volkholz** initiierte und koordiniert das Bürgernetzwerk Bildung in Berlin. Sie war u.a. grüne Bildungssenatorin und leitete die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung.





Eine vitale demokratische Gesellschaft braucht bürgerschaftliches Engagement. Ob Stadtteilinitiativen, kollektiv organisierte Nachbarschaftshilfe, Freiwilligendienste oder das genossenschaftlich reorganisierte Wasserwerk – die Möglichkeiten der Beteiligung sind vielfältig. Derzeit hat Partizipation im Sinne von Mitentscheiden bei Planungsverfahren und Verwaltungshandeln Hochkonjunktur.

Engagement meint aber mehr: vor allem selbstorganisierte Gestaltung, also den Anspruch, Gemeinwohl und öffentliche Angelegenheiten umfassend mitgestalten zu wollen. Wie sich Engagement aus einer grünen Perspektive definiert, das zeigen die Beiträge dieses Sammelbandes. Sie gehen zurück auf Debatten innerhalb der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung in den letzten beiden Jahren.

**Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**T** 030 285340 **F** 030 28534109 **E** [info@boell.de](mailto:info@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

ISBN 978-3-86928-090-5